

Wolff-Pötker-Zeitung

Jede Arbeiterfrau
wählt Kommunisten
Liste 3

ersch. 12 Mal wöchentl. 42 Pf. Botenlohn = 2 Pf. monatlich 2,15 gebundene 2,30 Sammlungsanzug 1,50 meterweise ober 1,50 in der Hauptexpedition in Breslau; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

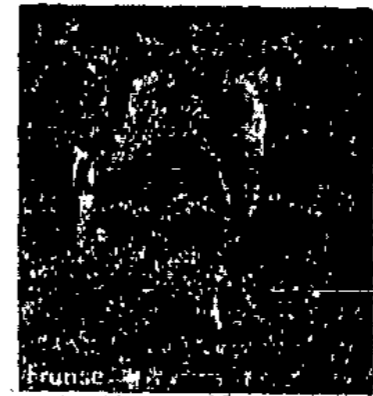
Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 439 02. Postkontonr.: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechst. der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsstand: Breslau. — Verleger: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Bündnisangebot der SPD. an Papen und Bracht

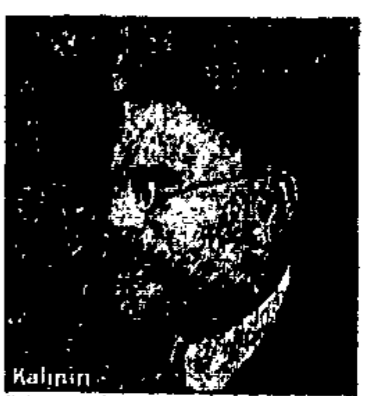
Ungeheuerliche Ausführungen des Vertreters von Severing und Braun vor dem Staatsgerichtshof / Zum offenen Bündnis mit Bracht und Papen bereit / Sozialdemokratische Genossen! Macht Schluß mit der Partei und Politik des 20. Juli / Demonstriert unsere Klasseneinheit durch die Wahl der Liste 3!

Berlin, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Bei den gestrigen Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig gab der Vertreter der Braun-Severing-Regierung Erklärungen ab, die ein regelrechtes Bündnisangebot an Papen und Bracht darstellen. Der Vertreter der Preußen-Regierung erklärt: „Nach Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli würde sich eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Reichszentralrat bzw. mit dem Reichskommissar in dem angebotenen engeren Sinne sehr leicht ergeben. An der Personenfrage würde diese Zusammenarbeit auf preußischer Seite nicht scheitern. Die preußische Regierung hat sich gegenüber der Reichsregierung im Juni und Juli sehr loyal verhalten. Ministerpräsident Braun hatte 1925 bei der Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang acht Millionen Stimmen erhalten. Im April 1932 führte er diese Stimmen unter dem wütenden Widerspruch der KPD. Hindenburg zu. War das Abhängigkeit von der KPD.? Bei der Verabschiedung des Reichshaushalt-

im Juni machte die Preußenregierung der Reichsregierung von Papen keine Schwierigkeiten; sie schweig mit Rücksicht auf Weis über den Militärretat im Plenum und sogar im Ausschuß. War das illegal? War das Abhängigkeit von den Kommunisten?“ Die Braun-Severing rühmen sich also noch damit, daß sie alle Anweisungen der Bourgeoisie zum Schaden der Arbeiterklasse durchgeführt haben. Braun-Severing und die übrigen SPD.-Führer erklären sich bereit, diese Politik fortzusetzen. SPD.-Arbeiter, wollt ihr weiterhin diesen Braun, Severing, Weis und Leipart Gefolgschaft leisten? Wir sind davon überzeugt, daß jetzt neue Tausende von Arbeitern mit den SPD.-Führern brechen, die ihre arbeitserneuernde Gesicht selbst enthüllt haben. Für alle, die den Sozialismus erkämpfen wollen, gibt es nur eines: Einheitsfrontaktion! Her zu den roten Fahnen der Freiheitsarmee! Her zu uns! Alles für den Sieg der Liste 3!



10 Kampfband der K.P.D. für die Wahl 1932



10 Kampfband der K.P.D. für die Wahl 1932

Jeder Werktätige kauft und sammelt die Kampfbandmarken der KPD.!

Streit des 'freiwilligen' Arbeitsdienstes in Hindenburg

Arbeitsdienstler legen Arbeit wegen Lohnkürzung nieder — Polizei löst Zug der Streikenden auf und nimmt Verhaftungen vor — 400 Mann im Streik

Hindenburg. In Hindenburg sind bei dem freiwilligen Arbeitsdienst der Technischen Nothilfe ungefähr 400 Jungarbeiter bei der Erstellung von Kleingärten und Kanalschleudungen beschäftigt. Am Montag, dem 17. Oktober, legten 150 Arbeiter die Arbeit nieder und zogen geschlossen nach dem Arbeitsamt. Auf der Kronprinzenstraße stellte sich dem Zug der streikenden Arbeitsdienstler die Polizei entgegen und löste den Zug auf und nahm zwei Verhaftungen vor.

Die Arbeitsdienstler legten die Arbeit wegen der am Sonnabend vorgenommenen Lohnkürzung nieder. Der Lohn für die Arbeitsdienstler betrug 1,05 bis 1,40 Mark bei 40stündiger Arbeitszeit.

Am Sonnabend, dem 15. Oktober, hatte man den Arbeitsdienstlern, rückwirkend vom 27. September, den Lohn um 10 Pfennig pro Schicht gekürzt, so daß die Arbeitsdienstler mit 1,40 Mark Verdienst nur 1 Mark ausgezahlt bekamen, da man rückwirkend den ganzen Lohnabbau in Abzug brachte. Diese Maßnahme löste unter den Arbeitsdienstlern ungeheure Empörung aus, und auf der Arbeitsstelle Handföhlung 1 und 2 legte der größte Teil derselben die Arbeit nieder. Durch den Streik wurden im Verlaufe des Vormittags die gesamten Arbeitsstellen stillgelegt, so daß 400 Jungarbeiter im Streik stehen. Die Arbeitsdienstler erklären, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Dabei handelt es sich noch darum, daß den Arbeitsdienstlern für die Arbeitskleider, wie Stiefel und Arbeitsanzug, wöchentlich 20 Pfennig in Abzug gebracht werden für Abnutzungsgeld der Arbeitskleidung.

Die Nationalsozialisten haben für diesen Arbeitsdienst die Vermittlung übernommen, so daß dieselben als Förderer der Arbeitsdienstpflicht an den Zuständen mitschuldig sind. Die Arbeitsdienstler setzen sich zum Teil aus nationalsozialistischen Jungarbeitern zusammen, die geschlossen mit der anderen Jungarbeitern die Arbeit niederlegten.

- Die Jungarbeiter des Arbeitsdienstes müssen geschlossen den Kampf führen um
1. keinen Pfennig Lohnabbau;
 2. keinen Pfennig Abzug für die gekürzte Arbeitskleidung bzw. unentgeltliche Lieferung von Arbeitskleidung;
 3. Befestigung des Arbeitsdienstes und Ausföhrung der Arbeit auf dem Weg der freien Arbeit mit tariflicher Bezahlung.

In geschlossener Einheitsfrontaktion müssen die Arbeitsdienstler um diese Forderungen den Kampf führen. Die Nazifizierung, die mit allen Mitteln den Arbeitsdienst fördert, die Jungarbeiter dazu auffordert, in die Arbeitsdienstlager zu gehen, wo nationalsozialistische Anhänger maßgebenden Einfluß haben, mimen den Radikalen. Dumbämiserabel sind die Verhältnisse in dem Arbeitsdienstlager in Gwosdzian und Sandowik. Dort führen Nazianhänger das Kommando. Nur unter dem Druck ihrer eigenen Anhänger im Arbeitsdienst Hindenburg nehmen sie Stellung zu den Forderungen der Arbeitsdienstler. Jungarbeiter des Arbeitsdienstes! Durchkreuzt die tabulären Mandate der Naziföhrer und laßt nicht ab vom Kampf bis zur Erfüllung eurer Forderungen!

Dieses Kampfbeispiel der Arbeitsniederlegung des Hindenburg Arbeitsdienstes muß erweitert werden. Auch in den Arbeitsdienstlagern Sandowik und Gwosdzian, wo man ebenfalls Jun-

berte von Hindenburg Jungarbeitern, insbesondere Nazi-Jungarbeiter, untergebracht hat, muß der Kampf gegen die elenden Lohn-, Arbeits- und Unterkunftsverhältnisse ausgelöst und geführt werden.

Kaas macht Bündnisangebot an SPD.-Föhrer

Breslau, 18. Oktober. Auf dem Zentraltag in Münster hielt der Parteiföhrer Kaas eine Rede, die zeigte, wie erschrocken die Bourgeoisie über den verstärkten Kampf der Arbeiterklasse, insbesondere über die Streikbewegung ist. Nach dem Bericht der „Schlesischen Volkszeitung“ sagte Kaas unter anderem:

„Eine Wirtschaftskontunktur läßt sich leider nicht durch Notverordnungen aus dem Boden stampfen. Den Mangel an greifbaren Erfolgen sucht man durch optimistische Zweckerklärungen vom wirtschaftlichen Kriegsschauplatz zu verdecken. Berichte über Einstellung von Arbeitern, ohne der Desfentlichkeit die Möglichkeit zu geben, die wirtschaftlichen Pluszeichen an Hand einwandfreier Statistiken mit den

Streitverrat in Benzig und Peterswaldau

Benzig, 17. Oktober. Trotz der freien Lohnabbauvereinbarung mit den Gewerkschaftsföhrern haben die Rhönwerke am Sonnabend einen neuen Lohnabbau vorgenommen. Schon vorher, als bekannt wurde, daß man diesen Lohnabbau vorhaben, garte es in der Belegschaft. Schon am Sonnabend früh prangten um das ganze Werk die Streikföhlungen. Als für die Kollegen von zwei Dösen die gekürzten Lohnsätze zur Auszahlung kamen, trat die gesamte Belegschaft — der dritte Döfen löste Solidarität — in positive Resistenz. Es wurde eine Verhandlungskommission gewählt, die den Antrag hatte, mit dem Unternehmer auf sofortige Zurücknahme des Lohnabbaues zu verhandeln.

In einer Betriebsversammlung wurde mit überwältigender Mehrheit der Streik beschloßen. Aber schon hier versuchte der Betriebsratsvorsitzende Parschel als Unternehmerratsrat die Einheitsfront zu zerstören und schloß kurzerhand die Versammlung und berief für Sonntagvormittag eine neue Betriebsversammlung ein. Der Zweck der neuen Versammlung war der, mit Hilfe des Hauptvorstandsmitgliedebes Krebs, dem Gauleiter Wufmann und dem Angestellten der Zahlstelle Jöbele die Streikauflösung zu verhindern. Schon bei der Eröffnung der Versammlung versuchte man den Vertreter der KPD., Genossen Balzer, aus dem Saale zu weisen. Als sich Genosse Balzer weigerte, ließ man ihn durch die Polizei ausweisen. Dann ging man daran in der demagogischsten Weise vor und es gelang diesen Leuten, die Arbeiter zu bewegen, daß sie wieder in den Betrieb hineingehen.

Sozialdemokratische Kollegen! Steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn ihr seht, wie man revolutionäre Arbeiter mit Polizeigewalt aus dem Saale weist, um euch dann den Lohnraub schmählicher zu machen. Hier glit es, daß alle Arbeiter, und nicht zuletzt ihr, einseht, daß man nur kämpfen kann mit selbstgewählten Leistungen gegen den Willen und Verrat der Bürokratie. Auch aus diesem neuen Fall müssen die Gewerkschafter ihre Lehren ziehen. Was ist

leider auch vorhandenen Minuszeichen zu vergleichen, erinnern stark an die Zeit des U-Boot-Krieges, wo man den Glauben der Massen durch gemeldete Scheinerfolge austrocknen zu erhalten suchte. Die Enttäuschung, die danach folgte, war um so größer und explosiver.

Grunt der Regierung von heute in lichten Augenblicken nicht auch vor dem möglicherweise zu erwartenden explosiven Wirkungen bei Stimmungswende, die ein Mißerfolg der groß und zu groß angekündigten Anrufbelohnungsmaßnahmen in den enttäuschten Massen auslösen könnte?

Wir warnen die Regierung, auf diesen Wegen weiterzugehen, die immer in der Geschichte die Einkassierten für schwerste Volkstrüben und Staatszerstörungen gewesen sind. Von der Paragrafenrevolution von oben bis zur Barrikadenrevolution von unten ist der Weg weniger weit, als manche glauben.“

Kaas machte ein Bündnisangebot an die Deutschnationalen, Nazi- und SPD.-Föhrer, indem er sagte: „Wenn heute drei, vier, fünf politische Föhrer der verschiedenen Lager den Mut hätten, ihre ganze Autorität und den ganzen Einfluß ihres Führertums zu wagen, um ihre Gefolgschaft auf die Bildung einer deutschen Volk- und Wehrheitsgemeinschaft zu verpflichten, dann wäre das die Rettung.“ Die Erklärung der Braun-Severing vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig zeigt, daß Kaas an sie nicht vergebens appellieren wird. Die Arbeiterklasse weiß aber, daß nur der Kampf in Einheitsfront auf die Bourgeoisie Einbruch macht und allein geeignet ist, die kapitalistische Dfensive, den Lohn- und Unterföhlungsabbau zum Stillstand zu bringen und die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen.

eigene Kampfföhlungen, und im Bunde mit der gesamten Arbeiterklasse, den Erwerbslosen sowohl wie der anderen Betriebsbelegschaften wird es euch gelingen, den Sieg zu erringen.

Peterswaldau, 18. Oktober. Die Zertifikatfabrik Schmollte mit einer Belegschaftsstärke von 102 Mann gab gestern durch Anschlag bekannt, daß der Lohn um 0,8 Prozent gekürzt werde. Die KPD. brachte sofort ein Flugblatt heraus mit der Forderung auf Abhaltung einer Belegschaftsversammlung. Um 16 Uhr legten die Arbeiter die Arbeit nieder und marschierten zur Belegschaftsversammlung. Die Belegschaft sagte gegen den Willen des reformistischen Betriebsrates Ludwig, der aus der Versammlung hinausfiel, einen Beschluß, daß der Genosse Androsch als Vertreter der KPD. sprechen dürfe. Ludwig kam mit der Phrase: „Es müsse erst untersucht werden, ob der Lohnabbau gerecht oder ungerecht sei.“ Der Genosse der KPD. zeigte den Protesten auf, wie die Belegschaft in der Lage sei, jeden Pfennig neuen Lohnabbau zu verhindern. In dieser Versammlung sprach auch ein Beauftragter der Firma, dem es gelang, einen Teil der Belegschaft einzuschüchtern. Die vorgenommene Abstimmung hatte daraufhin das Ergebnis, daß die Mehrheit für Wiederaufnahme der Arbeit stimmte.

Vor allem das schändliche Verhalten des reformistischen Betriebsrates Ludwig muß auf das schärfste angeprangert werden, weil er damit die Kampfkraft der Belegschaft geschwächt hatte. Die Belegschaft darf in der Zukunft nicht zulassen, daß in ihren Betriebsversammlungen Beauftragte ihres Ausbeuters auftreten, um seine Interessen wahrzunehmen. Die KPD. hatte alles versucht, um mit der Waffe des Streiks den Lohnabbau zu verhindern. Das ist ihr diesmal noch nicht gelungen und deshalb ist es die Aufgabe der KPD.-Kollegen, alles zu tun, damit der Einfluß ungemein verstärkt wird, weil das die beste Voraussetzung ist, um auch gegen den Willen und Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und aller übrigen Unternehmerratsräten einen erfolgreichen Kampf zu führen.

Neue Streiks gegen Lohnabbau

Fraunschweig, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die 600 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilfabrik Braunschweig sind heute früh in den Streik getreten, nachdem die Forderungen die von der gewählten Ausschusskommission geforderte Zuzahlung des Lohnabbaudiffikates abgelehnt wurde.

Wolfsbittel, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die etwa 120 Arbeiter der Maschinenfabrik Schreiber in Wolfenbüttel sind heute früh in den Streik gegen den Lohnabbau getreten. Die Belegschaft handelte über die Wahrung ihrer Interessen.

Minden, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In einer glänzenden Demonstration der Arbeiterinnen in der Fabrik der Maschinenfabrik Schreiber in Minden bis Bremen der Streik durchzuführen war. Die Streikfront steht fest.

Gegen einen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung ist am 14. Oktober die etwa 500 Mann starke Belegschaft der Schuhfabrik Meyer & Co. in Dattlingen in den Streik getreten. Die Belegschaft hat den Streikbeschluss in einer Betriebsversammlung einstimmig gefasst. Die Schuhfabrik Meyer & Co. ist der größte Schuhbetrieb in der Dattlinger Schuhindustrie.

In Kallmünz (Halle) steht die Belegschaft der Textilfabrik Carl Meißner (Belegschaftstärke etwa 800 Mann) seit dem 13. Oktober in passiver Resistenz. Der Kampf richtet sich gegen einen Lohnabbau von der 31. bis 10. Stunde.

Am 11. Oktober sind in Chemnitz zwei Textilbelegschaften gegen Lohnabbau und Abbau überbetrieblicher Löhne in den Streik getreten. Es sind die Belegschaften der Strumpfweberei Jahn in Zschun und der Textilweberei Löwenthal. In beiden Betrieben wurde der Streik einstimmig beschlossen und eine eigene Streikleitung auf breiter Basis gewählt.

Auf Grund der Papen-Notverordnung kündigte die Direktion der Textilfabrik Braunschweig der Belegschaft einen Lohnabbau von 27 bis 30 Prozent von der 31. bis 10. Stunde sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 12½ auf 10 Stunden an. Auf Initiative der

RGO. hat daraufhin die Belegschaft am 11. Oktober in passiver Resistenz. In einer ansehlich durchgeführten Betriebsversammlung wurde die Beschlüsse des Textilarbeiterverbandes, wenigstens gegen einen Streik. Die Belegschaft ergab die Zustimmung eines RGO-Vertreters, der für den Streik Stellung nahm. In der vorangegangenen Abstimmung stimmten 558 Arbeiterinnen und Arbeiter für den Kampf, 9 dagegen und 10 Stimmen waren ungenügend. Nach Zahlung der Belegschaft verbarri die Belegschaft in passiver Resistenz.

In Meißner (Sachsen) ist die Belegschaft des Textilbetriebes Meißner am 11. Oktober in den Streik getreten. Es handelt sich um einen Solidaritätsstreik für die Belegschaft des streikenden Schmeiderbetriebs in Meißner-Dorf.

Die Belegschaft der Seilmanufaktur Schreyer bei Dresden hat am 11. Oktober gelassen die Arbeit niedergelegt. Der Streik richtet sich gegen einen 20-prozentigen Lohnabbau. Der Kampf wird in breiter Einheitsfront unter selbstgewählter Kampfleitung durchgeführt.

Am 13. Oktober ist die Belegschaft der Glasmanufaktur Köhne in (Sachsen) gegen einen Lohnabbau in den Streik getreten.

In Leipzig ist die Belegschaft der Firma Weidhofs am 15. Oktober gegen einen Lohnabbau von 10 Prozent von der 31. bis 10. Stunde in den Streik getreten. Die Belegschaft hat den geplanten Lohnabbau durch passive Resistenz bereits Anfang Oktober einmal abgewehrt.

Die Belegschaft der Konsum-Geschäfte in Chemnitz (Sachsen) ist am 11. Oktober gegen Lohnabbau in passiver Resistenz getreten.

In Leipzig sind am 15. Oktober die Bauarbeiter der Firmen Erdmann und Penker in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen einen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung.

Am 15. Oktober ist die etwa 200 Mann starke Belegschaft der Baufirma Reinhardt, Schmidt & Richter, Halle, Baustelle Trotha, in den Streik getreten. Der Unternehmer will den Lohn von der 31. bis 10. Stunde um 50 Prozent abbauen.

In Göttingen sind die Arbeiter der Bauunternehmer Böhm, Gebrüder Eier und Köhler am 15. Oktober in den Streik getreten. Die Unternehmer wollen den Stundenlohn von 78 auf 60 Pfennig abbauen.

Lohnabbau im Kampf abgewehrt

Stuttgart, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die 800 Mann starke Belegschaft der Schuhfabrik Rieder & Co. hat gestern ihren Streik siegreich beendet. Der Lohnabbau wurde zurückgenommen.

Einen glänzenden Streiktag im Kampf gegen Lohnabbau errang die etwa 85 Mann starke Belegschaft der Textilfirma Welter & Haase in Stuttgart. Der Unternehmer, der bereits vor 14 Tagen einen zwölfprozentigen Lohnabbau durchgeführt hatte, billigte jetzt erneut einen Lohnabbau von 1½ Prozent. Auf Initiative der RGO. und unter Führung einer selbstgewählten Streikleitung trat daraufhin die Belegschaft in den Streik. Schon nach siebenstündigem Streik kapitulierte der Unternehmer völlig. Er mußte sich verpflichten, nicht nur den Lohnabbau voll zurückzunehmen, sondern auch die abgezogenen Beträge nachzahlen, den Tariflohn, der bisher nicht garantiert wurde, unter allen Umständen zu zahlen, ebenso die vollen Streikstunden. Der vom Unternehmer seinerzeit eingesetzte Betriebsrat mußte zurücktreten, die Belegschaft wird eine rote Einheitsliste aufstellen.

Dieser erfolgreiche Kampf ist ein vorbildliches Beispiel für alle Arbeiter. Die Belegschaft, die noch vor 14 Tagen einen Lohnabbau hinnehmen mußte, zwang jetzt den Unternehmer schnell auf die Knie, als sie unter revolutionärer Führung entschlossen den Kampf aufnahm.

Der Streik der Formier in der Werkzeugfabrik Böder & Voormann in Hagen wurde am 14. Oktober erfolgreich beendet. Unter dem Druck einer von der RGO. einberufenen Gesamtschlichtungsversammlung, die mit der Verbreiterung des Kampfes auf den gesamten Betrieb drohte, zog der Unternehmer seine Lohnabbaumaßnahme zurück. Der Streik der Formier stand unter Führung des roten Betriebsobmanns.

Gegen einen zehnprozentigen Lohnabbau trat die 50 köpfige Belegschaft der Möbelfabrik Türlitz in Brandenburg am 13. Oktober in den Streik. Der entschlossen geführte Kampf zwang den Unternehmer nach kurzer Zeit zur Zurücknahme des Lohnabbaues.

In Rathenow trat die Belegschaft der Firma Flöbaum gegen einen diktierten Lohnabbau unter Führung der RGO. in passiver Resistenz. Schon nach ganz kurzer Zeit erklärte sich der Unternehmer zur Weiterzahlung des alten Lohnes bereit.

Die Belegschaft der Maschinenfabrik Oeffe in Oschersleben bei Magdeburg hat durch entschlossene Kampfbereitschaft einen Lohnabbauversuch des Unternehmers abgewehrt. Als die Firma den Lohnabbau verkündete, beschloß die Belegschaft in einer Versammlung einstimmig den Streik. Angesichts dieser geschlossenen Haltung der Arbeiter verzichtete die Direktion auf Durchführung des Lohnabbaues.

Die Direktion der Seilensabrik Weichold & Förster in Weinheim (Pfalz) kündigte der Belegschaft durch Anschlag einen Lohnabbau auf Grund der Papen-Notverordnung an. Durch entschlossene Kampfbereitschaft der Arbeiter wurde die Durchführung des Lohnabbaues verhindert.

Gegen einen Lohnabbau auf Grund der Papen-Notverordnung trat die Belegschaft der Firma Kämpfe, Schamottefabrik in Eisenberg (Thüringen) in den Streik. Bereits nach einstündigem Kampf zog der Unternehmer den Lohnabbau zurück.

„Anstatt Belebung der Wirtschaft, sehen wir ein weiteres Abfluten der Industrie!“

Kohlenbarone und Großagrariere gegeneinander — Fiasko der „Tomatenkommission“ in Italien — Entlassungen als Folge der Kontingentierung

Das Kohlenbaronsdiktat hat an Papen und an die Reichsbank Telegramm gerichtet, in dem gesagt wird, daß die Kontingentierungspolitik in Italien, in den nördlichen Staaten und besonders in Holland, „schwerend auf den Kohlenabfluß“ wirkt.

„Die Nachrichten werden von Tag zu Tag schlimmer. Nach Beendigung der laufenden Lieferungsverträge werden wir vor einem Trümmerhaufen stehen, der Ruhrbergbau wird wie die übrige auf Ausfuhr angewiesene Industrie noch unter den jetzigen Bedingungen herabgedrückt werden. Anstatt der von der Regierung gewünschten Belebung der Wirtschaft sehen wir ein weiteres Abfluten der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit voraus.“

Die „Kontingentierungskommission“ („Tomatenkommission“) Papens, die jetzt auf einer Europa-Rundreise versucht, das Ausland zu beschwichtigen, erlebt ein Fiasko nach dem anderen. In Italien ist ein beträchtlicher Fortschritt in der Devisenfrage erzielt. Die italienische Regierung würde danach wieder den italienischen Exporten deutscher Waren Devisen zur Verfügung stellen; welche Möglichkeiten Deutschland dafür gibt, ist noch nicht bekannt. Kein Land hat jedoch bisher die Kontingentierungsverhandlungen im Norden. Die Tomatenkommission erklärt zwar, die Verhandlungen seien noch nicht völlig gelichtet, aber Tatsache bleibt die Erklärung Papens, es sei nicht daran, die Verhinderung seiner Einfuhr nach Deutschland auszuheben und werde bei der Kontingentierung Deutschlands mit Gegenmaßnahmen antworten.

Bei der Handelsreise nach Asien, wie seine Folgen von den Deutschen hinsichtlich auf die Arbeiter abgewandt werden, zeigen z. B. die neuen Maßnahmen der Firma Reich & Zschä in Schmalz (Sachsen). Die Firma sollte Motoren nach Holland liefern, doch bis zum 20. Sept. 1932 waren bereits bestellt, als auf die Kontingentierungspolitik Deutschlands hin Holland die Zölle auf deutsche Waren erhöhte. Die Motoren gingen zurück. Ebenso wurde eine vorgesehene Bestellung von 24000 Dreileinwand gegenstandslos. Die Motorenabteilung von Reich & Zschä wurde daraufhin stillgelegt und Arbeiter entlassen.

Die Arbeiterfront kämpft gegen die Kontingentierungspolitik, gegen die Papen-Regierung und zugleich gegen die Entlassung durch die Industriekapitalisten. Der entschiedene Kampf der Arbeiter in Einheitsfront bedeutet zugleich die härteste Ausnutzung und Ausweitung der Gegenläufe unter den Großindustriellen und Großagrariern.

Papen erntet, was Hitler gesät!

Hitler gesteht selbst seine Sakrilegrolle für Papen

Das Hitler reich mal wieder als Vorkredner durchs Land. Am Donnerstag voriger Woche sprach er in Nürnberg, wo er seinen Rednern noch einmal vorles, daß ohne die NSDAP keine Papen-Schleier-Regierung möglich gewesen wäre. Hitler sagte nach dem Vortrag des „Völkischen Beobachters“ wörtlich:

„Wir hätten es leichter haben können, statt Tag für Tag uns heiler und wüder zu reden und nun zusehen zu müssen, wie einem anderen die Ernte in den Schoß fällt.“

Ein neues Einverständnis Hitlers für seine Sakrilegrolle im Dienste des Finanzkapitals. Ohne Hitler gäbe es keine Papen-Schleier-Regierung. Hat nicht Tatsache unermesslich jeder wirtschaftlichen Lage Anhänger auf? Entzieht den letzten Arbeiter und Beschäftigten den Papen-Nutzen!

Neue Werbeerfolge der RGO. Schlesien

RGO.-Kollegen! Weiter vorstoßen!

In der zweiten Oktoberwoche wurden an Eintritt in die RGO. bis jetzt 56 Neuaufnahmen registriert. Von 28 Betriebsarbeitern sind 12 Arbeiterinnen, die in die RGO. eintraten. Acht sind gewerkschaftlich organisiert, darunter 3 im Gesamtverband, 2 im DAB, einer im Textilarbeiterverband, einer seit dreizehn Jahren im Betriebsverband, einer in der RGO.

Auf die Industriegruppen verteilen sich die Neuaufgenommenen wie folgt: 14 Textil, 10 Bau, 7 Metall, 5 Chemie, 6 Angestellte (davon eine Frau), 4 Gemeindeverband, 2 Post und Staat, 2 Ahrnang, 2 Land, 1 Kleinhandel, 1 Eisenbahn, 1 Hausfrau.

Gute Bezirke: In Breslau waren 35 Aufnahmen zu verzeichnen,

worunter 14 Betriebsarbeiter sind. In Waldenburg traten 6 Betriebsarbeiter ein, darunter zwei Frauen. In Reichenbach (Streitgebiet) traten an einem Abend, 13. Oktober, in einer Versammlung von 50 Betriebsarbeitern allein 15 Betriebsarbeiter in die RGO. ein, darunter eine große Anzahl Frauen.

In Strehlen war der Verkauf von RGO.-Zeitungsvorbildlich. In kurzer Zeit wurden für 5,50 Mark RGO.-Zeitungen verkauft. In einem kleinen Betrieb in Breslau auf der Paradiesstraße verkaufte ein Genosse der RGO. in vierzehn Tagen 29 Broschüren und 25 Zeitungen „Die Kämpferin“. In diesem Betrieb sind 29 Arbeiterinnen beschäftigt.

Starker Rückgang der SPD. und NSDAP. bei Gemeindevwahl

Am Sonntag fanden in Seib (Oberfranken) Gemeindevahlen statt. Dabei erzielten im Verhältnis zu den letzten Reichstagswahlen bei einer erheblich geringeren Wahlbeteiligung: SPD. 1926 (2009), ZPD. 1212 (1633), Bürgerpartei 620 (—), Nazis 2471 (3192), Bauische Volkspartei 295 (251). Der Rückgang der Nazis beträgt 22 Prozent, der der ZPD. 24 Prozent. Bemerkenswert beim Rückgang der Nazis ist, daß Hitler zwei Tage vorher in Seib in einer öffentlichen Kundgebung sprach. Die Bauische Volkspartei hat ebenfalls nicht auf Seiten der NSDAP. zugenommen. Die Stimmen der SPD. sind um 4 Prozent gegenüber den Reichstagswahlen zurückgegangen, was jedoch entsprechend der geringen Wahlbeteiligung eine prozentuale Zunahme (etwa 4 Prozent) darstellt.

Volksscheids-Betrug der SPD. wieder aufgewärmt

Die Kommunisten haben recht behalten!

Als die Papen-Notverordnung mit ihren Geschenken für die Kapitalisten und dem Lohnabbau gegen die Arbeiter in Kraft trat, als die SPD. und RGO. die Arbeiter zum Kampf gegen Lohnabbau und Notverordnung zu Streiks aufforderten, da erklärte bekanntlich die SPD., die Entscheidung läge beim Stimmszettel und reichte einen „Volksscheidens-Antrag“ gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung ein. Wir Kommunisten haben damals schon darauf hingewiesen, daß die Abwehr des Lohnabbaues durch außerparlamentarischen Kampf, durch Streiks erfolgen muß, daß das Volksgesetz der SPD. bezweckt, die Arbeiter von diesem Kampf möglichst abzuhalten, und daß der Volksscheid — wenn ihn die Papen-Regierung überhaupt zuläßt — bestenfalls so Herbst oder Winter 1933 steigen würde.

Das hat sich nun bestätigt. Die „Volkswacht“ (vom 15. Oktober) veröffentlicht einen Artikel Volksscheids, in dem wehklagend gesagt wird:

„Am 12. September, unmittelbar vor Auflösung des Reichstags, hat die Sozialdemokratie ein Volksbegehren über die sozialpolitischen Maßnahmen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 beantragt. Sie hat ... einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf beim Reichsminister des Innern eingereicht ... Die amtlichen Stellen sind immer noch dabei, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zu prüfen. Auch ein an Herrn von Gayl in den ersten Tagen des Oktober gerichteter Ersuchen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, diese Prüfung zu beschleunigen, ist bisher ohne Erfolg geblieben ... Wir haben unter diesen Umständen das Recht, von Verschleppungsabsichten der Regierung zu sprechen.“

Das haben wir Kommunisten vorausgesehen und vorausgesagt, und auch daraus den Schluß gezogen, daß die Arbeiter sich nicht von den Volksscheids-Illusionen der SPD. täuschen lassen und ab-

warten, sondern sofort jeden Lohnabbau mit Streik beantworten sollen. Was macht nun die „Volkswacht“ in ihrem Artikel? Sie — heßt gegen die Kommunisten, die „Moskowiter“, und erlaubt sich den folgenden Dreck: Die Kommunisten haben gesagt, daß die SPD. mit ihrem Volksscheidsantrag der Papen-Regierung einen Gefallen tut, jetzt ist an der Verschleppung durch die Regierung zu sehen, was die „Moskowiter“ für schlechte Kerle sind.

Solche Mäuschen sind zu durchsichtig, um zu wirken. Sowohl die SPD. hat mit dem Volksscheidsantrag Papen einen Gefallen getan. Der SPD.-Partei Vorstand hat von vornherein gewußt, daß Papen den Volksscheid verschleppen wird. Die Wels und Breitscheid haben den Volksscheidsantrag trotzdem eingebracht, um eben die Arbeiter vom sofortigen außerparlamentarischen Kampf auf den nebelhaften Volksscheid im Jahre 19... abzulenken. Das ist der Liebesdienst für Papen.

Als die SPD. dann sah, daß die Streikpropaganda der RGO. und RGO. zündete, daß die Streikstimmung wuchs, haben SPD. und RGO. zum Schein einzelne Streiks unterläßt, um desto leichter größere Streiks — wie den Hamburger Verkehrsstreik — abzudrosseln und eine Ausdehnung der Streikpelle zu verhindern. Die Ergänzung zum Volksscheids-Betrug der SPD. ist die Streikabwägung im Düsseldorf-Industriebericht, bei Scherl, bei Billeter und Boch in Torgau, beim Hamburger Verkehrsstreik ujm.

Wenn jetzt die „Volkswacht“ die Volksscheidsfrage wieder auf Tapet bringt, so nur zur Enttächtigung der Streikabwägungen des RGO. und zugleich zum demagogischen Stimmenfang für die SPD. zu den Reichstagswahlen.

Darauf aber werden die Arbeiter nicht hereinfallen. Für die Arbeiterfront heißt es: Streik gegen jeden Lohnabbau, Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Faschismus, und als Kampfbekennnis dafür am 6. November Wahl der Liste 3 der Kommunistischen Partei.

Wer nicht zur Wahl geht, hilft Hitler und Papen! Und deshalb gehen alle Werktätigen zur Wahl und stimmen für Liste 3

Flüchtlingshilfe 10 Pf.

Landwirtschaftliche Illustrierte

aus dem Hofjournal
für die
Hauptstadt Berlin

Nummer 10 — Oktober 1932 — Jahrgang 1
Redaktion: Berlin E 25, Wehdingstr. 9

Aus dem Inhalt: Sonderbeilagen: Rat und Tat / „FJB“-Briefkasten — Klassengliederungen im Dorf — Agrotechnik in die Massen — Getreide beizen — Getreidehandel der Kollektivwirtschaften

Ein Bauer spricht

„Seit 29 Jahren habe ich auf meinem kleinen Hof mit Frau und sieben Kindern schwer gearbeitet. Noch nie kam ein Mahnzettel für Steuern auf den Hof, aber 1930 ging es nicht mehr. Man hat mir selbst das bische Milchgeld gepfändet, das einzige Bargeld, das ich ins Haus bekomme. Selbst das Viehfutter, das ich zu kaufen muß, bekomme ich nicht mehr auf Kredit. Jetzt wurde mir auch noch der Kredit auf das Saatgetreide verweigert. Ich kann nicht einmal ein Hemd für die Kinder kaufen. Ich und meine Frau müssen den ganzen Tag arbeiten, aber ich frage euch, wer von euch tut das lange mit: Jeden Morgen den Eimer unter die Kuh halten und die Milch zur Molkerei tragen, wenn ich weiß, ich kriega keinen Pfennig dafür. Und meine Kinder müssen dabei noch mitarbeiten, sonst geht es überhaupt nicht mehr.“

Zu mir kam kürzlich ein Erwerbsloser aus Dulsburg auf den Hof und hat um ein Stück Brot. Als der den „Kuckuck“ an der Tür sah, sagte er: „Bauer, laß nur, ich will nichts haben, denn du hast ja auch nichts und noch die Arbeit und die Sorgen um den Hof dazu.“ Da habe ich gefühlt die versteinerte menschenfeindliche, und ich dachte mir: Wenn die Arbeiter und mir kleinen Bauern zusammenstünden, dann muß es doch anders werden.

Meinen Leidensgenossen geht es genau so. Einem wurden die zwei einzigen Arbeitserbe, an denen er hing, für wenig Geld weggepfändet, und acht Tage darauf ist er vor Gram gestorben. Sie sind alle so verzweifelt, denn sie haben nichts mehr, und jetzt wollen sie den Kommunismus. Deshalb helfe uns, daß wir zusammen den Ausweg finden.

Deshalb bin ich hergekommen und jetzt habe ich selbst gesehen, das mit den „roten Unternehmern“, von denen immer in den Nazizeitungen stand, ist ja gar nicht wahr, es sind lauter Charakterköpfe und intelligente Menschen hier.“

Diese Worte sprach ein niederrheinischer Kleinbauer, der seit drei Jahren in der Nazipartei war, auf einem großen Antifaschistischen Einheitskongress in Düsseldorf am 11. September vor vielen hundert Arbeiterdelegierten. Eine Gruppe von Arbeitern hat sich sofort verpflichtet, ihn zu besuchen, um ihm nach Möglichkeit zu helfen.

Osthilfe für wen?

Ein Berliner Professor der Medizin, der aus seiner guten Praxis und aus dem Betrieb einiger Kliniken ein riesiges Einkommen bezieht und in Berlin eine Luxuswohnung bewohnt, hat sich zum Veranlassen irgendwo östlich der Elbe einen Landhof gekauft. Da er von Landwirtschaft nichts versteht, muß er für das Gut eine Menge Geld ausleihen.

Aber wozu ist die Osthilfe da? Verleumdung wird für das Gut des Herrn Professor ein Entschuldigungsverfahren eingeleitet, bei dem er auch noch seine Schulden in der Stadt los wird.

So „notleidend“ wie dieser Professor sind auch die anderen größeren „Landwirte“, denen die Millionen aus der Osthilfe zufließen und die daraufhin weiter einen guten Tag leben und neue Schulden machen.

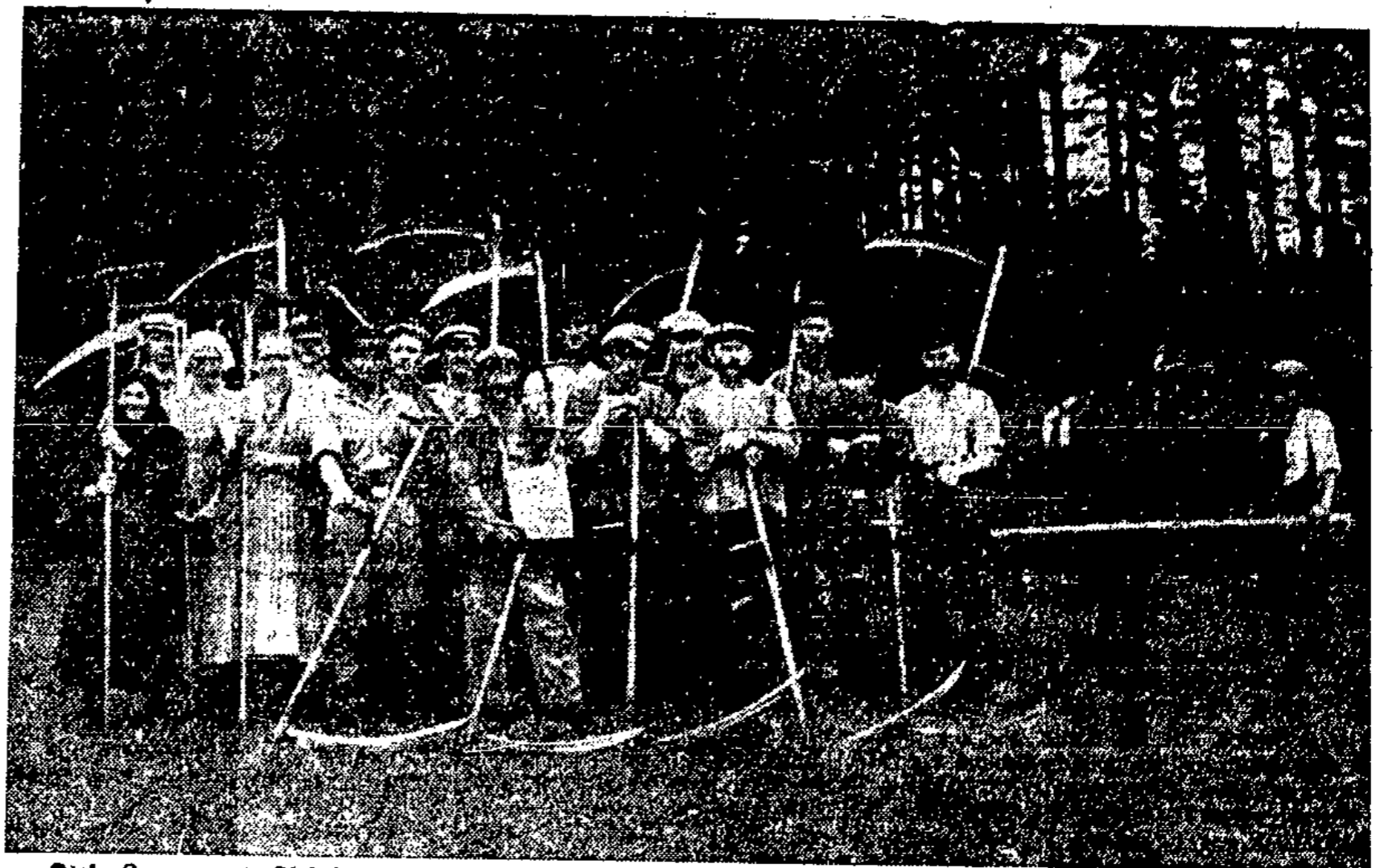
Die Zehne bezahltst du, kleiner Bauer!

Ein Führer

Der Großbauer Konas, Obernazi von Hermannshof bei Straßund, hat seinen großen Landbesitz an Kleinbauern verpachtet und treibt Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. Er verdient an seinen Pächtern doppelt: durch die Pacht und durch den Handel. Denen geht es so schlecht, daß sie mit der Pacht im Rückstand sind. Für die rückständige Pacht verlangt dieser Naziführer Zinsen bis zu 30%. Durch den entschlossenen Protest der Pächter wurde er allerdings gezwungen, einen Teil seiner Zinseszinsen zurückzulassen.

Glaubt, ihr kleinen Bauern, daß euch die Nazis mit solchen Großbauern als Führer aus der Zinsknechtschaft befreien werden?

Zusammenstehen!



Diese Zwerg- und Kleinbauern in Vermögen im Erzgebirge haben verstanden, worauf es heute ankommt: Zusammenstehen! Es sind Mitglieder des Bauernkomitees und des Thomas-Münzer-Bundes, die einer Kleinbauernwitwe, deren Sohn schwer krank daniederliegt, gemeinsam die Ernte eingebracht haben. In diesem Zusammenstehen liegt die Stärke der kleinen Bauern gegenüber den Großen. Je mehr wir lernen, allen kleinsten Haber im Dorf beiseite zu schieben und uns zu gemeinsamem Handeln zusammenzufinden, um so erfolgreicher werden wir uns gegen die Großköpfe, gegen Pacht- und Steuerlasten, die sie uns aufbürden, zur Wehr setzen.

Bauernbrief

aus dem Kreis Liebenwerda (Provinz Sachsen).

„Ein Fall, der notwendig ist, anzuregen zu werden, und aus dem jeder seine Lehre ziehen soll: 1920 wurde hier eine Anliegerfiedlung durchgeführt. Nach der Inflation waren 30.— Mark Pacht zu zahlen je Morgen. Im Kampf um Pachteermäßigung wurden voriges Jahr 5.— Mark Nachloß erzielt. Fast die Hälfte der Pächter waren aber auch noch nicht in der Lage, die ermäßigte Pacht zu zahlen. Fünf Pächter maaten es, beim Domänenfiskus Niederschlagung ihrer Pacht zu beantragen, auf Grund der schlechten Wirtschaftslage. Die anderen Pächter hatten Angst, es mit dem Herrn Domänenpächter zu verderben.“

Eines Tages erhielten die Antragsteller Vorladung, im Herrenhaus zu erscheinen. Der Regierungsrat sei anwesend und wolle die Verhandlungen der Antragsteller mündlich entgegennehmen. Alle fünf erschienen. Der Herr Regierungsrat kommt in Begleitung des Domänenpächters, Amtsrats L. Nach einigem Hin und Her läßt er seine Meinung erkennen. Sie gibtelt in der Ansicht, jeder Mieter müsse seine Miete zahlen und was nicht an Pacht für die Domäne einkomme, müsse an Steuern aufgebracht werden.

Dann hatte der Herr Domänenpächter das Wort. Er schmeißt den ganzen Laden, weil er nach Ansicht des Herrn Regierungsrats die Verhältnisse der Antragsteller besser kenne. Dabei kommt heraus, daß es einem Antragsteller, der 40 Morgen Acker hat, besser gehe als dem Herrn Amtsrat. Pacht nicht, ihr Leser, dieser Herr ist Mitternachtsbesitzer, Domänenpächter und was weiß ich alles, mit Auto, nicht nur mit einem gewöhnlichen Opel.

Schließlich wurden alle fünf gefragt, ob sie ihren Acker behalten wollen. Einer der Pächter sagte: „Ich denke, wir werden noch was zukriegen.“ Die Antwort war: „Das könnte euch so passen. Feld fordern und keine Pacht zahlen.“

Hier kann man wieder feststellen, daß der Großgrundbesitz den kleinen Bauer in seiner Hand behalten will. Für uns Kollegen gilt es, den richtigen Weg zu finden, in welchen Reihen wir zu kämpfen haben, um unsere lebensnotwendigen Forderungen durchzusetzen. Wir dürfen uns nicht auf andere verlassen, wie der Kollege aus Altentode-Überode, der verläßt sich nämlich auf Hitler. Wir verlassen uns auf niemand anders als auf uns selbst. Selber müssen wir kämpfen im Bündnis mit den revolutionären Arbeitern für Freiheit und Brot.“

„Feld fordern und keine Pacht zahlen“.

Sowohl das ist es, was die kleinen Bauern in allen Dörfern brauchen, um auch nur notdürftig weiter leben zu können. Aber Feld ohne Pacht und ohne Hypothek, unentgeltliches Land erhalten sie nicht von den Großgrundbesitzern und Domänenpächtern, erhalten sie nicht von Herrn von Papen und Herrn von Braun, die selbst große Grundbesitzer sind, erhalten sie auch nicht von Hitler, der zwar über die „feinen Leute“ schreit, der aber diesen „feinen Leuten“ kein Haar krümmt, weil er von ihnen ausgehalten wird. Land ohne Pacht- und Hypothekenlasten kann den kleinen Bauern nur die Arbeit geben, die einzige Pacht, die gewißt und fähig ist, den Großgrundbesitzern das Land ohne Entschädigung wegzunehmen.

Arbeitermacht, das ist nicht die Sozialdemokratie, die 13 Jahre lang die Geschäfte der großen Grundbesitzer und der Fabrik- und Bankherren geführt hat. Arbeitermacht, das ist jene Macht, die gerade in diesen Wochen in diesen Streiks offenbar wird, die nicht gewißt ist, den Lohnabbau hinzunehmen, die mit Erfolg gegen die weitere Verelendung des ganzen werktätigen Volkes kämpft.

Die Kraft der Arbeiterklasse wächst in diesen Kämpfen und an die Seite des Industrieproletariats und der Landarbeiter müssen sich die Millionen Zwerg- und Kleinbauern stellen, um ihre Forderungen durchzusetzen, um die Arbeiter- und Bauernrepublik zu errämpfen.

Tragt die „Illustrierte Bauernzeitung“ in jedes Dorf
Genossen in den Städten, stellt schon jetzt Stoßbrigaden für die Dörfer zusammen zum **Reichs-Landsonntag am 23. Oktober**
Mobilisiert die schaffenden Bauern für die Wahl der Liste

RUND UM DEN ERDBALL

Spiegel der Ereignisse

Eine Hand wäscht die andere

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die Nazi-Rechtsanwälte die Verteidigung der Brüder Lahusen niedergelegt hätten. Diese Meldung erregte allgemeines Erstaunen, da man ja weiß,



Carl Lahusen

daß zwischen den größten Betrügnern Deutschlands, den Brüdern Lahusen, und den Naziführern die intimsten Beziehungen bestehen, daß die Brüder Lahusen, die 20 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt haben, stets den besonderen Schutz der Nazis genossen hätten. Als einige Tage später der zweite der Brüder Lahusen, Carl Lahusen, aus der Haft entlassen wurde, nahm man an, daß die Zurücklegung der Verteidigung darauf zurückzuführen sei, da ja die Lahusens jetzt keiner besonderen Verteidigung mehr bedürfen.

Nun stellt sich aber heraus, daß die erste Meldung eine falsche war. Die Nazis lassen ihre Lahusens nicht im Stich. Der Nazi-Rechtsanwalt Luettgebrun verbleibt noch immer der Verteidiger der Brüder Lahusen. Wie sagt doch ein altes Sprichwort: Eine Hand wäscht die andere; besonders dann, wenn beide sehr schmutzig sind.

Verspekuliert am „Dritten Reich“

In der Zeitung der Textilunternehmer finden wir folgende Notiz:

„Berliner Moratorium Großdeutsche Handels-Gesellschaft (amtliche Auslieferungsstelle der Reichszugmehlstärke der NSDAP), W 62, Kleiststraße 43. Die Gesellschaft wendet sich an ihre Lieferanten mit der Bitte, ihr ein Moratorium von drei bis vier Monaten zu gewähren, um so die laufenden Verbindlichkeiten aus früherer Zeit teilweise in Raten abzutragen, wie es bereits seitens der Gesellschaft zum Teil geschieht. Als Ursache wird angegeben, daß die bei der Wiederaufhebung des SM-Verbots eingehenden Käufe von Ausrüstungen nicht so lange angehalten haben, wie seitens der Gesellschaft erwartet wurde.“

Die Firma hat sich also am „Dritten Reich“ verspekuliert. Der Weltgelehrte hat sich bei der SM früher eingestellt, als die Firma erwartet hatte. Ob hier ein Moratorium helfen wird — wenn das Moratorium sich auf die Hoffnung, daß sich die Lage in der SM, bessern wird, gründet —, ist mehr als fraglich. SM ist nicht mehr in Konjunktur.

Am richtigen Platze

Aus Gatz auf Rügen kommt die Meldung, daß die kirchlichen Körperschaften den Beschluß gefaßt haben, die dortigen Arbeitsdienstfreiwilligen für die Anlage von neuen Friedhöfen zu verwenden. Wir sind auch der Meinung, daß hier der Arbeitsdienst am richtigen Platze ist.

Der Pariser Erzbischof

— Besitzer des größten Nachtlokals

Paris, 17. Oktober. Der Kardinalerzbischof von Paris, seit langem Besitzer des großen Cafés La Coupole auf dem Montparnasse, hat eine neue Erbschaft gemacht. Das bekannte alte Montmartre-Kabarett „Himmel und Hölle“, über dessen parodistische und sehr freie Vorstellungen sich schon unsere Väter und Großväter ständlicherten, ist, wie das „Deuore“ berichtet, dem Erzbischof durch notariellen Erbschaftsvertrag vermach worden.

Der neue erzbischöfliche Besitzer des Kabaretts hat aber bisher weder der Bekämpfung der religiösen Gebräuche, noch der intensiven Kultur im Kabarett ein Ende gemacht.

Die Nazis als Brautführer

Der Hochzeitsrummel in Koburg / Schmaus und Trinkgelage in Vorbereitung

Koburg, 17. Oktober. Der Aufstakt zur Hochzeitsfeier der Prinzessin Sibylle von Koburg mit einem schwedischen Prinzen in der Nazi-Stadt Koburg hat bereits mit einer Nazi-Parade in Koburg eingesetzt. Diese Parade wird allgemein als die Einleitung zur Fürstenfeierlichkeit angesehen. Hitler selbst, umgeben von seinem Stab, ist in Koburg eingetroffen. Nun verlautet aber, daß er an der Hochzeitsfeierlichkeit selbst nicht teilnehmen werde, weil einige Fürsten und Prinzen sich geweigert hätten, mit Hitler an einem Tisch zu sitzen, da das nicht standesgemäß wäre. Sie sollen eine Erklärung abgegeben haben, wonach sie persönlich gegen Hitler nichts hätten, sie betrachteten ihn vielmehr als einen ihrer ergebensten Freunde, können aber über Braut und Stand nicht hinweggehen.

In Koburg herrscht ungeheure Not. Die Lage in dem vom Nazi-Bürgermeister eingerichteten Arbeitsdienstlager ist unerträglich geworden. Nun versucht man, die trübe Lage durch den Aufmarsch der Fürsten und Prinzen, durch Paraden und Hochzeitsfeierlichkeiten zu überwinden. Die Stadt Koburg befindet sich am Rande des Bankrotts, die Schulden belaufen sich auf mehr als 600 000 Mark. Der Nazi-Bürgermeister hat einen Notschrei an die bayerische Regierung um Hilfe gerichtet. Die ohnehin kärgliche Wohlfahrtsunterstützung wurde empfindlich gekürzt. Dies hindert aber den Nazi-Bürgermeister von Koburg nicht, für die

Aus schmückung der Stadt mit Fahnen und anderen Fürstenelementen anlässlich der Hochzeitsfeier 1200 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Nachricht von diesen 1200 Mark hat unter der gesamten werktätigen Bevölkerung Koburgs, auch unter den meisten Nazi-Mitgliedern, stärkste Empörung ausgelöst. Aber dies macht dem Nazi-Bürgermeister offenbar nichts.

Hier bietet sich für die Nazi-Väter von Koburg einmal die Gelegenheit, sich voll und ganz als Fürstentatzen zu erweisen. Koburg ist auch sonst der Sammelpunkt vieler entkränkter Häupter. Nun hat ein förmlicher Massenstrom von Prinzen, Fürsten und abgetakelten Königen eingesetzt. 67 Fürstlichkeiten an Zahl sind bereits in Koburg eingetroffen.

Am 19. Oktober, nachdem die Hitler-Paraden beendet sein werden, findet der sogenannte Volterabend statt. Zu diesem Volterabend werden SA- und Stahlhelmer uniformiert aufmarschieren. Die SA plant außerdem noch einen großen Fackelzug und soll dafür einiges vom reichen Schmaus, oder besser gesagt: von den Abfällen vom reichen Schmaus, abbekommen.

So sieht die „Arbeiter-Partei“, die von Hitler geführt wird, in Wirklichkeit aus; eine Partei von Fürstentatzen, die zur Zeit der größten Not keine anderen Sorgen hat, als Brautführer für abgetakelte Prinzen und Prinzessinnen zu fungieren und von den Summen, die den Erwerbslosen entzogen werden, Ausschmückungen für die Fürsten zu machen.

Wirbelsturm an der Bergstraße

Das Dorf Laudenbach bei Weinheim an der Bergstraße ist von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht worden, der etwa 150 Häuser abdeckte und 200 Obstbäume entwurzelte. Unser Bild aus dem heimgesuchten Ort gibt einen Begriff von der Größe der Katastrophe.



Eisenbahnunglück in Innsbruck

Bisher zwei Tote

Innsbruck, 17. Oktober. Bei dem heute vormittag aus Garmisch eingetroffenen Personenzug der Mittenwaldbahn entgleiste kurz vor der Einfahrt in den Innsbrucker West-Bahnhof anscheinend infolge falscher Weichenstellung ein Wagen. Der Wagen stürzte um und wurde noch eine Strecke mitgeschleift. Zwei Frauen wurden unter dem Wagen begraben und konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Mehrere Passagiere trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon.

Vom Zug erfasst

Ein Kind getötet

Düsseldorf, 17. Oktober. Ein schweres Unglück ereignete sich an der deutsch-holländischen Grenze bei dem Orte Sommerum. Ein mit mehreren Personen besetzter Kraftwagen auch Coak wurde an einem unbewachten Bahnübergang von einem aus Gennep (Holland) kommenden Güterzug erfasst, überfahren und mitgeschleift. Der Kraftwagenführer, der das Warnungssignal überhört hatte, sowie ein zehnjähriger Knabe und ein achtjähriges Mädchen wurden schwer verletzt. Das Mädchen ist kurz darauf seinen Verletzungen erlegen.

Eisenbahnzusammenstöße in Frankreich

Viele Tote

Paris, 17. Oktober. Eine schwere Eisenbahnkatastrophe hat sich in der Normandie auf der Seitenlinie Folligny — Vrance ereignet. Im Bahnhof von Cerences fuhr ein Personenzug auf einen rangierenden Güterzug auf. Mehrere Personenwagen stürzten um und wurden zertrümmert. Sieben Personen wurden auf der Stelle getötet, 15 weitere schwer verletzt, einer der Verletzten starb noch auf dem Transport ins Hospital.

Ein zweiter schwerer Unfall ereignete sich auf der Alpenstraße von Gap nach Briançon. Ein mit sieben Personen besetzter Kraftwagen stürzte in die Schlucht der Durance. Vier der Insassen waren sofort tot, die übrigen trugen lebensgefährliche Verletzungen davon.

Explosion

auf einem rumänischen Kriegsschiff

Bukarest, 17. Oktober. Auf dem Monitor „Urdeal“ im Hafen von Galatz ereignete sich infolge eines Zusammenstoßes mit einem anderen Schiff eine Explosion, bei dem zwei Marineleute schwer verwundet wurden.

Wettrüsten

Paris, 17. Oktober. In Brest fand der Stapellauf zweier neuer französischer Unterseeboote „Centaur“ und „Héros“ statt. Beide U-Boote gehören zum Bauprogramm 1928/29. Sie weisen eine Wasserverdrängung von je 1560 Tonnen über Wasser und 2070 Tonnen im Tauchzustand auf. Sie sind je 92 Meter lang und acht Meter breit. Ihre Besatzung besteht aus je vier Offizieren und 57 Mann.

Luxushotel an der Riviera niedergebrannt

Eines der größten Luxushotels an der französischen Riviera, das Grand Hotel am Cap Martin in der Nähe von Mentone, wurde in der Nacht zum Montag ein Raub der Flammen. Der Luxuspalast, in dem viele bekannte Staatsmänner abgestiegen pflegten, brannte bis auf die Grundmauern nieder.

Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Materialschaden beläuft sich auf etwa 15 Millionen Franken. Das Feuer hatte im Jahrtausendacht bezaunnen.

Bulgare Dimitroff von Nazis ermordet

Nazimörder verhaftet — SM im Dienste auswärtiger Mächte?

Berlin, 17. Oktober. Wir haben seinerzeit über die Ermordung des Bulgaren Krumm Dimitroff berichtet. Seine Leiche wurde in der Nacht vom 1. Oktober bei Wölkemarkt in Oberösterreich gefunden. Es bestand von Anfang an der Verdacht, daß es sich hier um einen Fememord handelt. Nun wurde dieser Verdacht voll und ganz bestätigt. Zu Chemnitz wurden als Mörder ein gewisser Schirmer, der Chauffeur Koldik, die Frau Schirmers und die Geliebte des Chauffeurs, eine gewisse Feinzig, verhaftet.

Vor einigen Tagen verbreitete die bürgerliche Presse Österreichs und Deutschlands die Nachricht, Dimitroff wäre von Agenten der GPKL ermordet worden. Diese Nachricht stammte aus den Kreisen der bulgarischen Regierung und trug von vornherein den Stempel der Lügenhaftigkeit. Nun hat ja die tschechische Polizei den Fall soweit aufgeklärt, daß sie zur Verhaftung der Mörder schreiten konnte und daß die Mörder Schirmer, Koldik und

die zwei genannten Frauen bereits ein Geständnis abgelegt haben.

Ueber die Motive der Tat herrscht noch Dunkelheit. Es steht aber jetzt schon fest, daß Koldik und ein Mittelsmann zwischen Schirmer und dem ermordeten Dimitroff aktive Mitglieder der NSDAP und der SM sind. Aus der Tatsache, daß die bulgarische Regierung versucht hat, die Sache so darzustellen, als wäre Dimitroff ein Opfer der GPKL, geht eindeutig hervor, daß die bulgarische Regierung an dieser Sache besonders interessiert war.

Es bleibt nur die Frage: Wer hat die Beziehungen zwischen denjenigen, die in Bulgarien an der Ermordung Dimitroffs interessiert waren, und den Nazi-Mordbanditen hergestellt? Ist es mit der SM schon so weit, daß sie auch im Dienste auswärtiger imperialistischer Gruppen und Regierungen als Henker fungiert? Der Fall Dimitroff scheint dafür zu sprechen. Man kann auf die weitere Entwicklung dieses Falles gespannt sein.

15000 „Vorwärts“-Mitglieder sollen um ihre Spargelder gebracht werden — Geschäftsanteile sollen neu erhoben werden, damit der G.G. ihr Eigentum gesichert bleibt

Genosse Kaps rechnet als erster 4.50 Mark für den Kampffonds ab!

Der Genosse Herbert Kaps, Bergstraße, rechnete als erster im Kreis für den Wahlkandidat ab. Diese anerkanntswerte Leistung...

Wahlen des Reichens, heraus zum Wettbewerb! Wer ist der...

Gute Landpropagandaerfolge

Am Sonntag, dem 16. Oktober, führte der Kampfbund (Staffel...

An den zwei Säulen, die die Staffel in Scheitern stehen hat,...

Singerichtet

Sind alle Blicke auf das soeben herausgekommene Urteil,...

Verkehrsunfälle. Am Sonntag kurz vor 6 Uhr wurde der...

Selbstmordversuch. Am Sonntagabend gegen 20 Uhr sprang der...

Die Neuanmeldungen zur Volkshochschule haben im Volkshoch...

Breslau. Wie unseren Lesern noch bekannt sein dürfte, hat der...

Nachdem sich nun die „Volkswacht“ viele Wochen darüber aus...

Die finanziellen Schwierigkeiten, die den Konsumverein „Vor...

die sozialdemokratischen Genossenschaftsführer die Toten...

Nur wo gearbeitet wird, zeigen sich Erfolge!

Der Stadtteil Nord verkaufte in der Zeit von Donnerstag...

Das Sammelergebnis des Stadtteils Nord beträgt bisher...

Klassengenosse und -genossin! Auch du mußt dich in den...

Ein parteiloser Arbeiter sammelte am Sonntag 7 Mark...

Tue auch du deine Pflicht! Schaff Pulver heran! Vergeht nicht...

Die Gläubigerversammlung des „Vorwärts“, die am 22. Sep...

gegen die Revolution, für die Erhaltung der kapitalistischen Bankrottwirtschaft.

Wie diese Neutralität der SPD-Konsumvereine aussieht, geht...

Damals schrien die Sozialdemokraten und alle SPD-Zeitungen...

Tamit will man den Arbeiter-Sparern, die oftmals die letzten...

TELEGRAMM

Willi Münzenberg / gründer der jugendinternationale / general- sekretär der internationalen arbeiterhilfe / spricht am freitag, dem 28. oktober / in breslau, messehof zentralkomitee der KPD.

Der Kampf richtet sich gegen die Kommunisten

Breslau. Gestern abend sprach Professor Nötting von der...

Nie war eine Rede eines SPD-Führers so widerspruchsvoll und...

Dann wärmte er die alte SPD-Lüge wieder auf, daß die SPD...

Severing vor sich ging. Aber kein Wort sagte Nötting, daß...

Dann sprach er über die Streiks. Hier sagte er wortlich:...

Am Schluß seiner Ausführungen brachte Nötting den SPD-...

Nach Schluß seiner Ausführungen sprach Zimmer von der...

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhllich in...

Geschäftliches

Zähne sind Werkzeuge. Es ist eine Selbstverständlichkeit für uns...

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

Naziüberfall auf Wiener Arbeiterheim

Entschlossene antifaschistische Abwehr der sozialdemokratischen Arbeiter — Beruhigungsversuche der SPÖ-Führer — Mord- und Verbotshetze gegen kommunistische Partei

Wien, 17. Oktober. Unter ausdrücklicher Billigung der sozialdemokratischen Landesregierung von Wien hatten die Faschisten den gestrigen Sonntag als „Großkampftag“ gegen die Wiener Arbeitererschaft angekündigt. Sowohl die Heimwehrfaschisten als auch die Nazis hielten Aufmärsche ab, wobei die Nazis in offensichtlich provokatorischer Absicht ihren Aufmarsch nach dem Arbeiterbezirk Simmering verlegten. Im Zusammenhang mit diesem Aufmarsch kam es zu einem ungeheuerlichen Überfall auf das sozialdemokratische Arbeiterheim in Simmering. Ein größerer Trupp Nazis wich von der vorgeschriebenen Marschroute ab, zog vor das Arbeiterheim und unternahm einen Angriff mit Steinwürfen und gezogenen Pistolen. Die faschistischen Vanditen gaben auf das Heim eine Reihe von Schüssen ab.

Die im Heim befindlichen Arbeiter, durchweg sozialdemokratische Schutzbündler, setzten sich jedoch gegen den Feuerüberfall der Nazis entschlossen zur Wehr und schossen auf die anstürmenden Mörderbanden. Es entwickelte sich nunmehr ein wahres Feuergefecht, bei dem die Polizei die Faschisten unterstützte. Die Polizei stürmte kriegerisch das Arbeiterheim. 60 Schutzbündler wurden verhaftet und außer brutalste mißhandelt. Unter dem Vorwand einer Hausdurchsuchung wurde das Heim barbarisch zerstört. Zwei Nazis und ein Polizist sind tot, 20 Faschisten und 8 Polizisten schwer verletzt.

Die Schuld des sozialdemokratischen Landeshauptmann Seiß

Der faschistische Überfall auf das Arbeiterheim in Simmering zeigt, wohin die Politik der Sozialdemokratie im „roten Wien“ führt. Der sozialdemokratische Landeshauptmann Seiß gestattete den faschistischen Mördern „Großkampftage“ gegen die Wiener Arbeitererschaft zu veranstalten, während er gleichzeitig ein Aufmarschverbot gegen die Arbeiter verhängt. Seiß, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Österreichs, ist voll und ganz mitverantwortlich für die faschistischen Polizeimethoden in Wien, die eine bewußte Förderung der faschistischen Banden sind.

Die Nazis hatten bereits von vornherein eine „Strafexpedition“ gegen die Arbeiterbevölkerung angekündigt. Ihr Wiener Tagesorgan, die „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“, veranstaltete tagelang vor dem Aufmarsch bereits eine wüste Mordhetze und forderte zum „Kampf gegen das kommunistische Unternehmungs-Gesindel“ auf. Die antifaschistische Aktion hat bereits am Sonnabend gegen die Naziprozessionen demonstriert und der kommunistischen Einheitsfrontaktion ist es auch in erster Linie zu verdanken, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zum entschlossenen Kampf gegen das faschistische Gesindel

Erfolg der Arbeitslosen von Belfast

Belfast, 17. Oktober. Das Ministerium von Nord-Irland gibt amtlich bekannt, daß die Arbeitslosenunterstützungen um 40 bis 60 Prozent erhöht werden sollen. Nach dieser Neuregelung bekommt ein Ehepaar ohne Kinder 20 Schilling pro Woche bei 2 1/2 Tagen Pflichtarbeit. Ein Ehepaar mit 1 bis 2 Kindern 24 Schilling bei drei Tagen Pflichtarbeit, mit 3 bis 4 Kindern 28 Schilling bei 3 1/2 Tagen Pflichtarbeit, mit über vier Kindern 32 Schilling bei vier Tagen Pflichtarbeit. Bisher betrug der Höchstbetrag 24 Schilling.

Dieser Beschluß des Innenministeriums ist zweifellos ein Erfolg der Arbeitslosenämpe der letzten Tage. Zwar sind die Forderungen der Arbeitslosen bei weitem nicht völlig erfüllt, jedoch ist es klar, daß diese Zustände nur durch den gewaltigen Druck der kämpfenden Massen erzielt werden konnten.

berett waren. Die sozialdemokratischen Führer hatten natürlich, wie immer, die Arbeiter aufgefordert, den Faschisten die Straßen preiszugeben.

Nach dem faschistischen Überfall auf das Arbeiterheim und der Abwehration der sozialdemokratischen Arbeiter gaben die Nazis ein Extrablatt heraus, in welchem die sofortige Auflösung des Schutzbundes, das Verbot der „Roten Fahne“ und der kommunistischen Partei gefordert wurde.

Dann erschien eine Extraausgabe der „Arbeiterzeitung“, in welcher sich der sozialdemokratische Parteivorstand in einem Aufruf an die Wiener Arbeiter wendet und sie zu beschwichtigen versucht. Trotzdem wurde diese Extraausgabe beschlagnahmt. Ueber den Inhalt und die Absichten ihrer Verfasser unterrichtet am

besten die heutige Ausgabe der „Arbeiterzeitung“, in der wörtlich zu lesen ist:

„Es ist unglaublich, und in der Polizeigeschichte einzig dastehend, daß die Staatsanwaltschaft der größten Partei des Landes in einem Augenblick höchster Spannung ins Wort fällt, just, wenn sich die Partei bemüht, ihre Anhänger zu informieren und die Erregung zu mildern. Daß das die Absicht unserer Extraausgabe war, beweist ihr Wortlaut.“

Die gesamte bürgerliche und der Sozialdemokratie nahe-stehende Presse veranstaltet eine wüste Hetze gegen die Kommunisten und verlangt, ebenso wie die Nazis, das Verbot der SPÖ.

Die Regierung kündigt bereits ihre Maßnahmen gegen die Arbeitererschaft an. Der Heimwehrfaschist Fey wurde zum Sicherheitsminister ernannt. Im heutigen Ministerrat soll eine Notverordnung zur Annahme gebracht werden, auf Grund des Kriegswirtschafts-Ermächtigungsgesetzes vom Jahre 1917. Es soll keine generelle Auflösung der uniformierten Verbände durchgeführt, jedoch soll deren Waffenbesitz vermindert und eine starke Kontrolle eingeleitet werden. Schon daraus geht klar die Absicht hervor, daß diese Verordnung nur gegen die Arbeiterformationen in Anwendung gebracht werden soll. Die kommunistische Partei hat ein Flugblatt herausgegeben, in welchem folgende Forderungen aufgestellt sind:

Kein faschistischer Aufmarsch mehr in den Arbeiterbezirken, weg mit den Nazifasern aus den Arbeiterbezirken! Verjagt die braunen Mordbanden aus den Arbeiterbezirken! Kämpft für die Freilassung der verhafteten Simmeringer Arbeiter!

Politischer Massenstreik in Barcelona

Für die Befreiung der politischen Gefangenen — Blutige Straßenkämpfe

Barcelona, 17. Oktober. Am Sonnabend sind 20 000 Textilarbeiter aus Barcelona zum Protest gegen die Behandlung der politischen Gefangenen im Gefängnis von Barcelona, die im Hungerstreik stehen, in den Streik getreten. Man erwartet, daß die Bewegung sich noch weiter ausdehnt.

Bei den Streikenden handelt es sich in erster Linie um Arbeiterinnen, die nicht nur in den Streik getreten sind, sondern auch zu hunderten als Massenstreikposten vor die Betriebe zogen. Am Nachmittag fanden große Demonstrationen der Streikenden, unterstützt durch die Arbeiter anderer Industrie-gruppen, statt, wo die Massen die Freilassung der politischen Ge-

fangenen forderten. Die Mordgarden der republikanisch-sozialdemokratischen Regierung waren aufgeboten, jedoch wagten sie es angesichts der entschlossenen Haltung der Menge nicht, einzuschreiten.

Erst später überfielen sie einzelne abziehende Trupps der Demonstrationsteilnehmer, wobei es zu einer blutigen Straßenschlacht kam, in deren Verlauf vier Arbeiter und zwei Polizisten verletzt wurden.

Dieser politische Massenstreik ereignet sich im gleichen Augenblick, wo in Madrid der sozialdemokratische Parteitag stattfindet, der mit großer Mehrheit beschlossen hat, weiter die Regierung des Hungers, der Unterdrückung und des Krieges zu unterstützen.

10% Lohnraub für die Textilarbeiter im faschistischen Italien

Rom, 17. Oktober. Im gleichen Augenblick, wo Mussolini und das italienische Finanzkapital den 10. Jahrestag der faschistischen Diktatur zu feiern beginnen, hat das Korporations-Ministerium einen neuen Lohnvertrag für die Textilindustrie der Provinz Mailand diktiert, der einen Lohnraub von 10 Prozent, rückwirkend vom 1. September, vorsieht. Es ist dies der dritte Lohnraub, den die Textilarbeiter erleiden mußten.

In vielen Stellen, so z. B. in Busto Arsizio und Legnano, mußten die Textilarbeiter sogar diese abgebauten Prozente für die Zeit vom 1. September wieder zurückerhalten. Die Empörung unter der Arbeiterschaft ist sehr groß, und es sind neue Bewegungen, sogar Streiks zu erwarten.

Moskau, 17. Oktober. Mit der Inbetriebnahme des Dnjepr-Kraftwerkes wurde auch zum erstenmal elektrischer Strom für den Betrieb des großen neuen Stahlwerkes „Saporosch-Stahl“ geliefert. Die elektrischen Schmelzöfen haben bereits den ersten Guß hochwertigen Instrumentenstahls geliefert.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1922 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Übersetzt von Olga Halpern.

14. Fortsetzung.

„Schokolade“, sagte Aljei, mit seinem Ejel an der Sommerwohnung vorbeigehend. „Wieder heulen sie, diese verdammten Tiere. Ungewöhnlich streifen sie hier hordenweise herum.“

„Was fressen sie“, fragte ich, „welchen Tieren jagen sie hier nach?“

„Hühnern, Enten, Gänzen, Hunden, Katzen. Sie fressen alles, was ihnen gerade über den Weg läuft. Sogar Kälber und Schafe fressen sie, wenn sie ihnen nachts im Walde begegnen.“

„Und Menschen überfallen sie nicht?“ fragte ich.

„Nein, sie fürchten die Menschen. Ich habe schon oft im Wald übernachtet. Sie werden's nicht glauben, die Wescher haben mir die Sohlen von den Stiefeln weggenagt, mir selbst aber haben sie nicht einmal die Haut geritzt. Ich steh' auf, schau nach: weg sind die Sohlen, das Leder meines Gürtels, den ich für die Nacht abgelegt hatte, war aufgestossen. Nur die Metallteile blieben übrig.“

Ich verabschiedete mich von Aljei und ging in mein Zimmer schlafen. Am frühen Morgen wurde ich von G geweckt. Der Sonnenaufgang begann gerade. Durch die dichten Blätter, die die Baumstämme bedeckten, waren die klaren, türkisfarbenen Flecken und Streifen des immer heller werdenden Himmels zu sehen. Die morgendliche Frische ließ mich zusammenzucken. Ich stand auf, bewunderte das Meer, das von oben gesehen immer schöner ist als unten, und schrieb einen Brief an die „Iskra“ über die Lage der Arbeiter im Kaukasus, der bei Genossen lange liegen blieb und erst in der 16. Nummer der „Iskra“ am 1. Februar 1902 erschien.

Ich fühlte mich besser und ging hinunter in die Stadt, in die Fabrik. Tuktija, dem ich begegnete, sagte mir, man habe mit

aus Tiflis mitteilen lassen, daß der Transport der „Iskra“ aus dem Ausland wegen Verhaftung Kurnatowits, den man noch immer im Gefängnis behielt, und wegen anderer Schwierigkeiten aufgeschoben werden muß. „Es ist schon bald Ende August“, sagte Tuktija, „sehr bald ist bei uns in Grusien die Weinlese. Dort werden Sie meine Schwestern kennen lernen und an der Weinlese teilnehmen, unser Tschireta (flaches kaukasisches Brot ohne Hefe), unsere Polenta und unser Rotwein werden auch für Sie reichen. In Gurien werden Sie grüßlich lernen, um dann mit noch größerem Erfolg die revolutionäre Arbeit fortsetzen zu können. Bleiben Sie doch für ständig im Kaukasus!“

Da der Arzt, der mich behandelte, mir riet, das feuchte Klima von Batum zu verlassen und in die Berge zu gehen, entschloß ich mich, Tuktijas Vorschlag anzunehmen.

Außer der Schjelabina, ihrem Mann und mir waren in Batum ungefähr noch sechs Arbeiter, die aus den verschiedensten Teilen Rußlands wegen Teilnahme an der revolutionären Bewegung und Streiks hierher verbannt worden waren. Leider erinnere ich mich nicht mehr an ihre Namen. Ein Teil von ihnen stürzte sich voller Begeisterung in die revolutionäre Arbeit, ein anderer Teil stand abseits. Einige von ihnen verflamen langsam.

Es gelang mir aber nicht, nach Gurien, zu Tuktijas Verwandten zu fahren, was ich so gern getan hätte. Am Tage meiner Abreise kam ein schwarzbärtiger und energisch aussehender Genosse in meine Sommerwohnung.

„Ich heiße Bagajew“, sagte er. „Ich fand Sie nur mit großer Mühe. Ich komme speziell aus dem Norden her, um Sie und die anderen Genossen abzuholen. Wir haben im Norden einen „Nordverein“ organisiert, der die Gouvernements Wladimir, Kostroma und Jaroslaw umfaßt. Ich bin beauftragt, die Genossen, die in ganz Rußland zerstreut sind, zusammenzuführen. Stellen Sie sich nur vor“, Bagajew glaubte mich verlocken zu müssen. „Sie werden in einem der meist industrialisierten Bezirke Rußlands arbeiten können, der in das Reich der Parteiorganisation noch nicht einbezogen ist. Ihnen wird die große Ehre zuteil, sich unter jenen Genossen zu befinden, die das Fundament der Parteiorganisation in dieser Gegend zu legen haben. Was für einen Sinn hat es auch für einen Revolutionär, an den Peripherien Rußlands zu arbeiten, während in erster Reihe doch das Zentrum Rußlands bearbeitet werden müßte. Konzentriert sich diese Bewegung an den Peripherien Rußlands, bleibt die Bewegung in den Gouvernements des Zentrums zurück, dann ist die revolutionäre Bewegung zum Mißerfolg verurteilt und wird unterdrückt werden.“

Bagajews Vorschlag, mich sofort in den strengen Norden, in einen der wichtigsten, von der Propaganda noch ziemlich unberührten Industriezentren zur revolutionären Arbeit zu begeben, verlockte mich mehr, als Tuktijas Vorschlag, im Süden, in der herrlichen, wunderschönen Natur Erholung zu suchen.

„Das ist nicht gut, daß Sie wegfahren“, sagte mir Tuktija. „Der Arzt, der Sie behandelt, hat, seit Sie für den türkischen Arbeiter eingetreten sind, Sympathien für Sie. Er sagt, daß Sie unbedingt Batum verlassen und keinesfalls nach dem Norden fahren dürfen, er sagt, daß Sie Ruhe brauchen und trockne Gebirgsluft. Unter den schrecklichen Entbehrungen und der Last der Parteilarbeit im Norden, wo sehr bald Fröste eintreten werden, laufen Sie, meiner Meinung nach, Gefahr, Ihre Gesundheit vollständig zu untergraben. Bleiben Sie hier, wo Sie Freunde haben, wo Sie die Möglichkeit haben, sich auszukurieren.“

„Genosse Tuktija“, antwortete ich, „ich lebte in Sibirien drei Jahre lang, nur von einem Wunsch befeuert: mein Leben dem revolutionären Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit zu widmen. Die Revolution schickte mich her, doch hier war ich von Mißgeschick verfolgt. Jetzt, wo ich eine Möglichkeit bietet, alle meine Kräfte einem noch gänzlich unbedackten Feld, das reichliche Ernte verspricht, zur Verfügung zu stellen, jetzt soll ich diese Möglichkeit nicht ausnutzen nur deshalb, weil ich krank bin? Das Leben eines Arbeiters ist kurz. Noch kürzer ist das Leben eines Revolutionärs. Sie sehen, ich bin krank. Es ist also besser, im Kampf zugrunde zu gehen, als die tägliche Existenz eines Krüppels zu fristen.“

Ich traf G., der mir sagte: „Sie verlassen uns also? Schade. Wir haben uns schon so an Sie gewöhnt. Der Mann mit dem schwarzen Bart und der blauen Bluse, der hergekommen ist, um Sie zu holen, macht einen sehr guten Eindruck. Man merkt, daß er sich die revolutionäre Technik angeeignet hat. Er ist unerhört konspirativ. Das Erbe der Narodniki kommt euch Sozialdemokraten jetzt zustatten. Haben Sie aber auch Geld für die Reise?“

„Geld? Von Geld erwähnte ich kein Sterbenswörtlein! Wenn ich meinen Lohn in der Fabrik ausgezahlt bekomme, dann werde ich Geld haben.“

„Bei uns ging's ganz anders zu! Die Partei der Narodniki bezorgte uns für die revolutionäre Arbeit mit Geld. Nun gut!...“

Fortsetzung folgt.

Zunehmende Arbeiter-Entlassungen in Schlesien

Das Landesarbeitsamt Schlesien muß zugeben, daß die Arbeiterentlassungen im September höher sind als im August — Industrie- und Handelskammer stellt fest: „Papens Richtlinien undurchführbar“ — Die Industrieherrn und Junker in Schlesien fordern noch mehr Lohnabbau — Die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie im Interesse des Finanzkapitals — Einheitsfrontaktion wehrt Lohn- und Unterstüßungsraub ab und schlägt den Faschismus und die Kapitalsdiktatur

Im September mehr Entlassungen, als vor Erlass der Papen-Notverordnung

Am 8. Oktober meldete die bürgerliche Presse, daß die Zahl der Neueinstellungen in ganz Schlesien (einschließlich Oberschlesien) in 101 Betrieben 2641 erreicht habe.
Das Landesarbeitsamt Schlesien teilt am 13. Oktober mit: „Während die Augustzahlen mit 20 Voll- und Teilstilllegungen in ganz Schlesien und 1365 betroffenen Arbeitsträften erheblich hinter den Zahlen der Monate Juni und Juli zurückblieben, haben die Einstellungszahlen im Monat September aber wieder eine Zunahme erfahren. Sie zeigen im allgemeinen wieder eine steigende Tendenz...“
Die Meldung des Landesarbeitsamt Schlesien erbringt den Beweis, daß die Arbeitsbeschaffung durch die Papen-Notverordnung Schiffbruch erlitten hat. Rechnen wir von den angegebenen Neueinstellungen, die durch das Landesarbeitsamt zugegebenen Entlassungen, die erheblich höher liegen als im August mit 1365, so ergeben sich knapp 1000 Einstellungen. Von diesen Einstellungen geht ebenfalls noch ein hoher Prozentsatz ab, da viele Unternehmer durch Entlassungen im Juli und August und Neueinstellungen im September sich die fette Prämie der Papen-Verordnung sichern wollten. Das geschah zum Beispiel durch die Eisenbahnverwaltung in Groß-Wandorf bei Liegnitz, sowie in einer Reihe weiterer Betriebe.

Kohlenförderung im Waldenburger Revier in einer Woche um 3000 Tonnen zurückgegangen

In der Woche vom 3. bis 9. Oktober betrug die Kohlförderung 5.878 Tonnen (in der Vorwoche 88.842 Tonnen), die Kohlzergewinnung 15.303 (15.948) Tonnen. Der Gesamtabsatz (ohne Selbstverbrauch und Depulrat) betrug 60.036 (70.460) Tonnen, der Hauptabnehmerland 45.303 (66.450) Tonnen, der Absatz nach den Wassermischlagstellen 415 (1015) Tonnen. Die Kohlenbestände beliefen sich am Ende der Woche auf 188.605 (191.886) Tonnen, die Koksbestände 159.703 (160.772) Tonnen.

Trostlose Lage der Oberschiffahrt

Auch die Oberstrombauverwaltung in Breslau muß den ständigen Rückgang der Produktion zugeben. Diese Stelle berichtet über den Monat September: „Der Verkehr in den Häfen Cosel, Oppeln, Breslau und Maltzsch, ist gegenüber dem Monat August im September um 18 Prozent zurückgegangen. Der Bestand an Leer-Ladungen betrug Ende September im Coseler Hafen 226, in Breslau 120 und in Maltzsch 94. In der trostlosen Lage der Oberschiffahrt hat sich auch in der ersten Oktoberwoche nichts geändert.“

Papens Richtlinien zur „Ankurbelung“ nicht durchführbar

Die Hauptkrisen in der Bauindustrie ist jetzt vorüber. Ueber das Ergebnis urteilt die Industrie- und Handelskammer Breslau wie folgt: „Leider ist das Ergebnis, gegen das ungünstige Vorjahr noch weiter hart zurückgeblieben. Baustoffe sind zu äußerst billigen Preisen zu haben. Nur an den Tariflöhnen wird noch festgehalten, die von der Regierung herausgegebenen Richtlinien zur Ankurbelung der Bautätigkeit sind nicht durchführbar.“
Hier erbringt selbst die Industrie- und Handelskammer von Breslau den Nachweis, daß durch die Ankurbelungsmaßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufzuhalten ist. Den einzigen Weg zur Sicherung ihrer Profite sehen die Unternehmer im Lohnraub. Das beweist die Industrie- und Handelskammer, in dem sie schreibt: „Nur an den Tariflöhnen wird noch festgehalten.“ Damit geben die Herren der Industrie- und Handelskammer ihrer Forderung nach noch größerem Lohnraub Ausdruck. Das ist die Hauptforderung aller schlesischen Industriellen. Vor

dem Kriege waren die Löhne der schlesischen Arbeiterschaft weit niedriger, als im übrigen Reich. Diesen Zustand wünschten die schlesischen Unternehmer und Junker wieder zurück. Die „Schlesische Zeitung“ brachte am 18. September eine Sonderbeilage, in der die schlesischen Industriellen Papens Notverordnung begrüßten und ihre Forderungen bekanntgaben. Darin heißt es unter anderem: „Als lebensnotwendig und besonders bedeutungsvoll ist auch die Forderung nach einer Umgestaltung des derzeit bestehenden Lohnsystems.“ Es wird gegen die „Gleichmacher“ gewettert und gefordert „daß das alte Prinzip der regionalen Lohnsetzung je nach den jeweils gelagerten Verhältnissen und Lebensbedingungen wieder zur Einführung gelangt.“

Die Gewerkschaftsbürokratie Papens Helfer

Der erste Versuch, den Wünschen der Unternehmer auf diesem Gebiet nachzukommen, war die Lohnraub-Notverordnung. Die Gewerkschaftsbürokratie hat für die Erfüllung der Unternehmerwünsche gesorgt, indem sie den Streik der landesweitesten Textil- und Metallarbeiter abwürgte. Das geschah in Reichenbach, Langenbielau, Wüstenberg, in den verschiedenen Metallbetrieben und zuletzt bei den zum Streik bereiten Benziger Glasarbeitern. Für diese Streikverräter trifft die Einschätzung der „Deutschen Führerbriefe“, in der

„politisch-wirtschaftlichen Privatkorrespondenz“ der Spitzen des Finanzkapitals voll und ganz zutrifft. Es heißt darin: „Vermöge ihres Charakters... brachte die Sozialdemokratie... das viel wertvollere und dauerhafte Gut der organisierten Arbeiterschaft ein und verfertete diese unter Paralyse (d. h. Lähmung) ihrer revolutionären Energie fest mit dem bürgerlichen Staat.“

Die Bürokratie der SPD. und Gewerkschaften hat also in den ganzen letzten Jahren — das wird vom Finanzkapital festgestellt — die revolutionären Energien der organisierten Arbeiterklasse gelähmt und letztere mit dem bürgerlichen Staat fest verflochten. Aus diesem Grunde also, die Massenanschläge revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften und der Streikverrat an den Textil- und Metallarbeitern! Die vielen siegreichen Streiks der Arbeiter gegen den Lohnraub beweisen, daß die Arbeiterschaft immer mehr über die Köpfe der Gewerkschaftsbürokratie hinweg, sich zur Einheitsaktion zusammenschließt und die Streikwaffe handhabt. Das ist gut so! Nur auf diesem Weg können die profitungrigen schlesischen Unternehmer und Großgrundbesitzer auf die Knie gezwungen werden. Dieser Weg muß weiter beschritten werden! Am 6. November wählen alle Arbeiter, denen der Lohn und die Unterstüßung geraubt wird, die Liste 3, SPD., die nach der Lösung handelt:

Einheitsfrontaktion gegen Lohn- und Unterstüßungsraub, gegen Faschismus und Kapitalsdiktatur!

Der Ausweg aus Hunger und Not... eine deutsche Arbeiter- und Bauern-Republik

Während es mit der kapitalistischen Wirtschaft fast täglich, trotz ständiger Abwälzung der Lasten auf die werktätigen Massen bergab geht, haben wir im sozialistischen Sowjetrußland einen ständigen Aufstieg. Wir berichten erst über die Eröffnung des größten europäischen Staudammes und Kraftwerks Dnjeprstroj, in der Arbeiter- und Bauernrepublik, in Sowjetrußland. Ein solch riesiges Werk in der jetzigen Zeit zu erbauen, ist nur unter den sozialistischen Bedingungen der Sowjetunion möglich. Nicht nur die russischen Arbeiter und Bauern haben auf Grund des Siegeszuges des Sozialismus Arbeit und Brot, Sowjetrußland gibt selbst einem großen Teil Arbeitern in den kapitalistischen Ländern, durch seine Aufträge Arbeit.

So wird jetzt bekannt, daß der Stahlwerksverband einen neuen großen Auftragsauftrag erhalten hat. Die Sowjetunion hat zur sofortigen Lieferung 40.000 Tonnen Stabeisen, 15.000 Tonnen Halbzeug und Formeisen bestellt. Diese Bestellung ist ein erneuter Beweis dafür, daß nur eine Arbeiter- und Bauernrepublik Arbeit und Brot schaffen kann.

Die deutsche Arbeiterklasse wird über die Einheitsaktion zur Verhinderung des Lohn- und Unterstüßungsraubes hinaus, zum gemeinsamen Massenlamp für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus in Deutschland rufen. Als Ausdruck dieses Kampfwillens und Kampfsieles werden alle Hungernden am 6. November Liste 3, Kommunisten, wählen!

300 Prozent Bürgersteuer in Waldenburg

Erhöhte Steuerlasten für die Armen — Fette Posten für SPD. und Zentrum — 6000 Mk. werden der Niebag geschenkt

Waldenburg. Am 12. Oktober fand hier eine Stadtratsversammlung statt, deren Tagesordnung und Verlauf ein guter Anschauungsunterricht für die Arbeiter über die „sachliche“ und praktische Arbeit der SPD. war.
Außer nebensächlichen Dingen, unter denen höchstens interessant war, daß der Niebag über 6000 Mark Anliegerbeiträge geschenkt wurden — von den Heinen Besitzern treibt man jeden Pfennig rücksichtslos ein — stand auf der Tagesordnung die Erhebung der Bürgersteuer in Höhe von 300 Prozent und die Befreiung der Stadtbaurat- und der Stadtratstelle. Für die SPD. war es ganz selbstverständlich,

daß sie der Erhebung der volksfeindlichen Regerversteuer ihre Zustimmung gab. Der Redner der SPD. leitete sich sogar die selbstironische Bemerkung, daß man schon aus dem Grunde zustimmen müsse, „um den Schein der Selbstverwaltung aufrecht zu erhalten“. Genosse Malzer wies den Nazis und den SPD.-Strategen nach, daß sie in gleicher Weise die Bürgersteuer aus den Taschen der Besitzlosen herausgeholt haben, ja daß sie diejenigen waren, die diese Steuer propagiert und eingeführt haben. Die Kommunisten haben im Gegensatz zur SPD. kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Scheines einer Selbstverwaltung, sondern an dem geraden Gegenteil. Mit der Aufrechterhaltung dieses Scheines versucht die SPD. den Arbeitern einzureden, daß es richtig wäre, wenn ihnen

auf der einen Seite die Regerversteuer und andere Belastungen aufbrummt und auf der anderen den Lohn abbaut und die Unterstüßungen und Renten kürzt.

Auch die Milliarden Geschenke, die die Großindustriellen und -agrarien erhalten, werden als unvermeidlich und im Interesse der „Zufrechterhaltung der Scheindemokratie“ hingestellt. Für die Kommunisten ist die wichtigste Aufgabe Zerstörung dieser Lügen und Illusionen, damit die Bahn frei wird für den außerparlamentarischen Kampf, der allein die Arbeiter zur Freiheit führen wird. Zu der Frage der Wahl des Stadtbaurats und Stadtrats nagelte Gen. M. die Verlogenheit der Begründung, die zu dieser Vorlage gegeben wurde, an. Vor Jahresfrist lehnten die Bürgerlichen die Stadtratstelle ab, um der SPD. einen Posten zu spielen, worauf die SPD. für den Antrag der SPD.-Fraktion, die Stadtbauratsstelle ebenfalls einzuführen, stimmte. Damals wies die SPD. nach, daß der Stadtbaurat überflüssig sei, während die Bürgerlichen das Gegenteil bewiesen und behaupteten, der Stadtrat sei „überflüssig wie der Dreck zu Weihenachten“. In dem die SPD. damals den Stadtbaurat ablehnte, schufen sie die Voraussetzungen eines künftigen Rußhandels. SPD. und Zentrum haben sich nun geeinigt. Die SPD. bekommt ihren Stadtrat, das Zentrum seinen Stadtbaurat. Die SPD. hat wieder ihre „praktische“ und „positive“ Arbeit unter Beweis gestellt.

Die Arbeiter, die Rentner und Unterstüßungsempfänger werden die Sache bezahlen. Wenn die Erwerbslosen ihre Forderungen auf Winterbeihilfe anmelden, so wird aus allen Tonarten der Schrei ertönen: es hat kein Geld!

Empörung im Konjum

Glogau. Der „Kote Junter“ hat durch seine Veröffentlichung „Was im Konjum vorgeht“ ins Wespennest gestochen. Wir fragen noch einmal öffentlich an: Ist das wahr, daß der Sohn vom Aufsichtsrat Langnickel als Boloniar monatlich 20 Mark mehr hat als der ausgemerkte Kaufmann? Ist es wahr, daß Janisch als Geschäftsführer (mit dessen Person wir uns noch mehr beschäftigen werden. Der Berichterstatter.) auf Kosten der Mitglieder die 150 Mark laut Gerichtsbeschluss gezahlt hat? Ist es wahr, daß kein Wohlhabender bestreift, daß die Wädel, die dort beschäftigt sind, ihre Garzerobe in dem schmalen Gang hängen haben, so daß es vorgekommen ist, daß beim Durchgehen andere Personen mit Posten die Sachen heruntergerissen wurden?

Der Geschäftsführer Janisch droht zwar, um diesen Skandal zu vertuschen, mit Maßnahmen. Wir warten darauf.

Trotz Terror und Verrat durch die SPD. und Gewerkschaftsbürokratie:

Die Bunzlauer Pflichtarbeiter streiten weiter

(Jungarbeiterkorrespondenz)
„Was hat denn der Streik für einen Zweck, ihr erreicht doch nichts. Ihr seid ja arbeitsunwillig“, so sprach der Gewerkschaftsführer Reichel am Donnerstag in der Erwerbslosenversammlung. Er sagte unter anderem: „Die Pflichtarbeit ist eine Kann-Vestimmung, d. h. jeder Kreis kann von sich aus bestimmen, ob sie sie einführt oder nicht.“ Die SPD. hatte in Bunzlau zum Arbeitsdienst aufgerufen, ein ganz verschwindendes Teil meldete sich, darauf „mußte“ die Pflichtarbeit eingeführt werden. Sowohl, Herr Kiebel, die Jungverwerbslosen lassen sich nicht zum Streikbrecher ausbilden und drücken für den imperialistischen Krieg. Sie wollen aber auch nicht für ihre paar Hungerpfennige für den Magistrat Arbeit leisten.
Wir Pflichtarbeiter wollen arbeiten, aber zu menschenwürdigen Bedingungen, wir lassen uns nicht zum Sklaven der herrschenden Klasse herabwürdigen.
Arbeitslos nennt es Herr Magistratsrat Gärtner, wenn Jungverwerbslose kämpfen für Verbesserung ihrer elenden Lebensbedingungen! Ferner erklärte er, im Kreisauschuß ist ein fester geschlossener Block gegen diesen Streik und es hat keinen Zweck weiter zu streiten. Ja, wer sitzt denn im Kreisauschuß? Gehören denn da nicht auch die SPD.-Leute dazu? Sie gehören auch zum selben Block gegen die Jungarbeiter! Gärtner unterstrich noch die Verratsaktion der Gewerkschaften, indem er sagte, daß die Gewerkschaften „leider“ nicht hinter dem Streik stehen und keine Unterstüßung auszahlten. „Er persönlich — so sagte er — sei ja für den Streik...“ Diese Taktik kennen wir schon.
Jeder Sozialdemokrat und freigewerkschaftlich organisierte Jungarbeiter muß die gemeine und schäbige Rolle erkennen, die hier wieder die Gewerkschafts- und SPD.-Bouzen spielen. Er muß sehen, daß das einzige Ziele dieser „Arbeiterführer“ darin besteht, jeden Kampf der Jungarbeiter abzuwürgen und für die Interessen der Reichen einzustreiten. Als ein Jungkommunist ihm für all dieses die richtige Antwort in der Diskussion gab, ergriff Kiebel mit zwei Drittel seiner Freunde die Flucht und rannte aus dem Saal.
Alle Jungarbeiter, auch die sozialdemokratischen und christlichen, gaben durch ihren Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Jungkommunisten und beschloßen, den Streik weiterzuführen, trotz Verrat und Opfer für den Sieg ihrer Sache. Es wurde ferner beschlossen, die 130 Mark, die auf Grund der Solidarität der Kleingewerbetreibenden und der gesamten Arbeiterschaft von Bunzlau gesammelt werden konnten, in Form von Lebensmitteln unter die streikenden Pflichtarbeiter zu verteilen.
Die Bunzlauer Pflichtarbeiter werden den Streik weiterführen und dem Magistrat, der herrschenden Klasse zeigen, daß, wenn die Jungarbeiterschaft einig und geschlossen zusammensteht, SAJ, Jungreichsbanner, SAJ, ASDA und Jungkommunisten, daß dann der Sieg ungewiß ist, denn nichts ist gefährlicher, als die Einheitsfrontaktion des Proletariats der Arbeiterjugend. Der SPD. und die SPD. werden nicht eher ruhen, bis überall die Einheitsfrontaktion im Betrieb und auf der Stempelstelle, im Arbeitsinhaber und in der Berufsschule geschaffen ist, denn will das Jungproletariat leben, so muß der Kapitalismus sterben!

„Während es mit der kapitalistischen Wirtschaft fast täglich, trotz ständiger Abwälzung der Lasten auf die werktätigen Massen bergab geht, haben wir im sozialistischen Sowjetrußland einen ständigen Aufstieg. Wir berichten erst über die Eröffnung des größten europäischen Staudammes und Kraftwerks Dnjeprstroj, in der Arbeiter- und Bauernrepublik, in Sowjetrußland. Ein solch riesiges Werk in der jetzigen Zeit zu erbauen, ist nur unter den sozialistischen Bedingungen der Sowjetunion möglich. Nicht nur die russischen Arbeiter und Bauern haben auf Grund des Siegeszuges des Sozialismus Arbeit und Brot, Sowjetrußland gibt selbst einem großen Teil Arbeitern in den kapitalistischen Ländern, durch seine Aufträge Arbeit.“

Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Central-Lichtspiele Besuchen Sie bitte unsere erstklassigen Filmvorführungen		Kristall-Palast Sie sehen bei uns Immer neueste Filmwerke	
S. Harlam Herren- u. Knaben- Konfektion Ring 40 9493		Willi Bräun Ring 9 Das Geschäft für gute billige Waren	
Kurt Teuchert 12 Kohlmarkt 12 empfiehlt seine ff. Fleisch- und Wurstwaren 1872		Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei G. Vogt Carthausstr. 52 9494	
Festsäle „Wintergarten“ Jed. Sonntag großer Ball 9329		Verlangt die guten Piastenbiere der Liegnitzer Aktienbrauerei AG. 9667	
Rich. Walther , Gerichtsstr. 2 ff. Fleisch- und Wurstwaren		Matratzen Scholz & Kosig 9742 Sedanstraße 2	
P. Kwintkowitz , Burgstraße 50 Schuhreparatur Größter elektrischer Betrieb 9366		Für Schuhwaren aller Art Sprotte G. m. b. H. 9371 Frauenstraße 15	
„Reger Obenan“ das selbstwaschende Seifenpulver ist besser u. billiger! 9364		Karl Cioffe , Rohlfack 7 ff. Fleisch- und Wurstwaren 9 552	
Deutsches Kaufhaus Mittelstraße 39 u. Frauenstraße 38 9551		Beuthen Bezirk Liegnitz Fleischerei und Wurstfabrik Richard Kllem 30005	
Delikatessen, Butter, Eier, Käse Haruna Liegnitz Haynau Goldberg 9820		Walter Dienst Lebensmittel 30006	
Kauft nur Stoffe und Fettersachen Herren- und Knabenbekleidung 3008 bei J. Cohn, Ring 28-24		Fritz Lode , Markt 9 vormals C. H. Frietsche Nachfolger Kolonialwaren 30007	
ff. Fleisch- und Wurstwaren Karl Sagn, Breitauer Str. 39 9573 Telefon 4037		Max Strumpf , Breitestraße 69 Seifen und Parfümerien 9837	
Georg Bick Nachf. Das gute Einkaufshaus für Alle 9716		Trinkl Grünberger Bräuflöß-Biere	
Paul Jacob , Markt 31 Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren 9712		Max Strumpf , Breitestraße 69 Seifen und Parfümerien 9837	
Reserviert S. 9711		Union - Einheitspreis GmbH., Sagan 9722 Anschlussfirma der Wohlwert- Einkaufs-Gesellschaft, Leipzig Spitzenleistungen in bester Quali- tätsware → 5 / 10 / 15 / 25 / 35 / 50 / 75 / 1.-Mk.	
Brauerei „Tivoli“ M. Baudsch Karamell- u. Einfachbier Kohlenhandlung 9723		Paul Sander Gärtnerei / Lederwaren Metallarbeiten / Alinicum 9840	
Schuhhaus WENGER Markt 20 9724		Butter- Handlung Künella 10987	
Immer gut und billig! Kaufhaus Brandt & Wegner 9721		Hirschberg Hausfrauen verlangen in einschlag. Geschäften reinen Gärungssig J. Pilschke & Seiffert, Essigfabrik 9510	
Stanz Hoffmann , Schützenstr. 1 ff. Fleisch- und Wurstwaren 9821		Gustav Hornig Großdestillation, Drahtzickerstr. 1/2 9510	
Der Arbeiter trinkt nach Feierabend das gute Berthold-Bier 9903 Reserviert W 21 9905		Ernst Wolf Roßschächtere, Mühlgrabenstr. 23 9511	
Paul Blande , Brennmaterialien Dom, Mehnerstraße — Tel. 691 9598		Erste Hirschberger Radiohilfe Exner & Knobloch, Schützenstr. 8 Radio-Spezialhaus 9619	
Leber, Seiden, Gummiabsätze Schuhputzmittel 9599 Robert Streifling , Cangeffstraße 43 Färberei, chemische Reinigung Karl Schönborn, Preußischestr. 40-41 9900		„Hadeva“ angeschlossen der Wohlwert Unser Prinzip: Nur Höchstleistung. zu niedrigsten Preisen 9529	
Dresel & Co., Markt 25 Kurz-, Weiß- u. Wollwaren 9501		Alfred Würfel Fleisch- u. Wurstwaren Bahnhofstraße 70 Zweiggeschäft: Bahnhofstraße 43 e 9533 Reserviert 9530	
Franz Ceglarski Markt — Ecke Kienstraße Händlerecke, Baumwollwaren 9912		Kurt Schubert , Driestierstraße 21 Fleisch- und Wurstwaren 9531	
Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt bestens Gerhard Martin, Gr. Oderstr. 16-17 9911		Robbante und Felle kaufen zu höchsten Tagespreisen Caspar Hirschstein & Söhne Dunkle Burgstraße 16 9532	
Nach Feierabend trinkt der Arbeiter und Sportler S. H. Hoffmann 3003 Mühlstr. 8 die guten Seife und Brauerei von Liedke & Co.		Drogen — Farben — Photo Ed. Bellauer Am Markt 9922	
Besucht die Vereinigten Lichtspiele Glogau! 3019		Leder-Sachs 9803 Lichtebugstraße 21 Max Hoffmann , Driestierstraße 9 ff. Fleisch- und Wurstwaren 9594	
Paul Balzer , Märzstr. 32 30014 Farben, Lacke, Pinsel		Wilm Schröter , Sinfstraße 28 ff. Fleisch- und Wurstwaren 9805	
Neusalz a. O. Union-Einheitspreis-GmbH., Neusalz Spitzenleistungen in best. Qualitätsware 5 / 10 / 15 / 20 / 25 / 35 / 50 / 75 / 1.-Mk. 9538		Grünberg Lederhandlung Otto Fiedler 9738 Niedertorstraße 17 Pockrandt Hüte, Mützen Holzmarktstraße 12, 9737 Pelzwaren	
Färberei Schmidt färbt u. reinigt sämtl. Garderobe 9559		Grünberg 9740 Trinkl Grünberger Bräuflöß-Biere	
Milch sowie sämtl. Molkereiprodukte stets frisch bei Alfred Schach , Friedrichstr. 9 Brot- und Feinbäckerei Frau Wende & Sohn Mathildenstraße 14 9257		Lauban F. Martschin Göritzer Straße 15 9583 Fleisch- u. Wurstwaren	
9534 Schnellbesohlanstalt Gustav Jensch , Berliner Straße 8 Sie können auf jede Besohlung warten!		Bäckerei Otto Scholz Nikolaistraße 14 Fleisch- und Wurstwaren	
Besucht die Florian-Lichtspiele 9555		H. Hohenforst Nieder-Alt- Lauban 9-10 9584 Arbeiter, deckt euren Bedarf in der Bäckerei Paul Groß 9585 Lichtenauer Straße 2	
„Disom“ Möbel und speziell Polsterwaren 9624 Bahnhofstraße 25		Reserviert 9589	
Langenble Reserviert 9591		Reserviert H. 9592	
Reserviert 9593		Reserviert 9611	
Jauer Likör- und Essigfabrik Alols Weib Goldberger Straße		Reserviert Nr. 2 9663	
Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier, Erich Koll, Kirchstr. 1 9546		Reserviert Nr. 18 9665	
Schuhwaren und Zubehörfabrik C. Klemke , Goldberger Str. 32 9550		Leinenhaus Hammerla Leinen- u. Baumwollwaren Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen 9650	
Richard Wenke Goldberger Straße 24 9548 Fleisch- und Wurstwaren		Gut und billig kaufen Sie bei Eisenrubinstein 9664	
Wilhelm Weinhold Goldberger Straße 10 9549 In Fleisch- und Wurstwaren		Reserviert Nr. 23 9661	
Reinhold Köhler Vorwerk- straße 32 9545 Fleisch- und Wurstwaren		Ernst Reinhold Stockstraße 19 Bekleidung und Möbel 9662	
Reserviert 9614		Sortimentshaus Theophil Rosenthal Markt 9660	
Reserviert 9627		Haynau Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Bruno Seifert Stockstraße Nr. 8 30002	
ff. Fleisch- und Wurstwaren Bier, Frühlings- stückchen Berthold Häring Hammer- straße 9628		Walter Blasche Mechanische Schuhreparatur-Werkstatt Ring 43 Liegnitzer Str. 76 30003	
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Herbert Schwabe / Liebauer Straße 56 9629		Landeshut  Emil Glözer , Schießhausstraße 5 Kolonial- und Tabakwaren 9636	
Kaffee-Prädler Bäckerei und Kolonialwaren empfiehlt sich der Arbeiterschaft 9626		H. Desenslein , Wilhelmstraße 4 Likörfabrik — Weine — Zigarren Titole Samledach rder Str. 14 9635	
Reserviert L. 9912		Otto Galle , Bahnhofstraße 6 Kolonialwaren, Obst, Gemüse 9634	
Reserviert Kl. 9913		Alois Hempel , Inh. Ignatz Bender Waldenburger- Ecke Oberstr. Kolonial- und Tabakwaren 9633	
Schokoladen, Konfitüren bei Max Toff , Stielweg 12 9914		Karl Schulmann , Wallstraße 38 39 Kolonialwaren engros - detail 9631	
Josef Wolf , Hotel und Destillation Schuhmacherstr. Ecke Schloßstr. 9915		Erhard Alfred Krebs , Kornstraße 9 Kolonialwaren — Feinkost 9630	
Reserviert Nr. 18 9665		Alfred Groher , Porsche- straße 8 Kolonialwaren, Delikatessen 9704	
Leinenhaus Hammerla Leinen- u. Baumwollwaren Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen 9650		Carl Kaim , Polnitz Bücherstraße 58 9931	
Gut und billig kaufen Sie bei Eisenrubinstein 9664		Brich Dresel Landeshuter Str. 13 Manufakturwaren, Konfektion 9932	
Reserviert Nr. 23 9661		Thams & Garis Inh. Alfred Beger, Burgstraße 17 9933	
Ernst Reinhold Stockstraße 19 Bekleidung und Möbel 9662		Genossen, Genossinnen beachtet bei euren Einkäufen nur unsere Inserenten!	
Sortimentshaus Theophil Rosenthal Markt 9660		Paul Tönnies , Markt 18 Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren, Spirituosen, Weine 9705	
Haynau Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Bruno Seifert Stockstraße Nr. 8 30002		Herbert Tost Restaurant „Zur gemütlichen Ecke“ und Fleischerei 9709	
Walter Blasche Mechanische Schuhreparatur-Werkstatt Ring 43 Liegnitzer Str. 76 30003		Reserviert 9707	
Landeshut  Emil Glözer , Schießhausstraße 5 Kolonial- und Tabakwaren 9636		Kolonialwaren u. Schmitwaren sämtliche Bedarfsartikel Adolf Drescher 9706	
H. Desenslein , Wilhelmstraße 4 Likörfabrik — Weine — Zigarren Titole Samledach rder Str. 14 9635		Reserviert 9707	
Otto Galle , Bahnhofstraße 6 Kolonialwaren, Obst, Gemüse 9634		Herbert Tost Restaurant „Zur gemütlichen Ecke“ und Fleischerei 9709	
Alois Hempel , Inh. Ignatz Bender Waldenburger- Ecke Oberstr. Kolonial- und Tabakwaren 9633		Reserviert 9707	
Karl Schulmann , Wallstraße 38 39 Kolonialwaren engros - detail 9631		Reserviert 9707	
Erhard Alfred Krebs , Kornstraße 9 Kolonialwaren — Feinkost 9630		Reserviert 9707	
Alfred Groher , Porsche- straße 8 Kolonialwaren, Delikatessen 9704		Reserviert 9707	
Carl Kaim , Polnitz Bücherstraße 58 9931		Reserviert 9707	
Brich Dresel Landeshuter Str. 13 Manufakturwaren, Konfektion 9932		Reserviert 9707	
Thams & Garis Inh. Alfred Beger, Burgstraße 17 9933		Reserviert 9707	
Genossen, Genossinnen beachtet bei euren Einkäufen nur unsere Inserenten!		Reserviert 9707	